

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

26. Sitzung vom 18. Mai 2009 • von 18.00 bis 20.45 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Konrad Gfeller, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
35 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Harold Külling, Vizeammann
Matthias Jauslin, Gemeinderat
Christian Müller, Gemeinderat
Doris Becker, Gemeinderätin

Weitere Anwesende
Franco Corsiglia, Schulpflegepräsident
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz
Marcel Wegmann, Bauverwalter
Peter Hartmann, Gemeindeschreiber

Entschuldigungen
Johannes Siebenmann, Freis Wohlen
Ronny Fricker, CVP
Kurt Neeser, FDP
Horst Fischer, SVP
Martina Stäger, SVP
Toni Schürmann, Gemeinderat
Paul Huwiler, Gemeinderat

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme von Thomas Keller, FDP, Christian Lanz, SVP, und Simon Sax, Freis Wohle
3. Anfrage 11107 betr. Projektierungskredit Rebberg
4. Anfrage 11108 betr. Petition Südumfahrung
5. Anfrage 11113 betr. Fehlendes Legislaturprogramm 2006 – 2009 (3. Anfrage)
6. Anfrage 11116 betr. Behördenpropaganda des Gemeinderates
7. Anfrage 11118 betr. Vorgezogene Einführung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision – Auswirkungen auf die Gemeinde Wohlen
8. Bericht und Antrag 11135 betr. Kreditbegehren von CHF 111'000 für die Umsetzung von Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit am Bahnhof Wohlen
9. Bericht und Antrag 11141 betr. Kreditbegehren von CHF 131'000 für die Anschaffung und Installation einer Audio-/Beameranlage im Casino Wohlen
10. Bericht und Antrag 11147 betr. Kreditbegehren von CHF 29'150 für Erarbeitung der Grundlagen des neuen Parkierungsreglements
11. Bericht und Antrag 11145 betr. Stellenausbau bei der Einwohnerkontrolle
12. Bericht und Antrag 11148 betr. Nachtragskredite (NK) I – 2009
13. Bericht 11142 zum Postulat 11055 betreffend Prüfung Einführung Schulsozialarbeit

Gfeller Konrad, Präsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

194 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Gfeller Konrad, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 16.03.2009 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 11147 betr. Kreditbegehren für das neue Parkierungsreglements (traktandiert)
- Bericht und Antrag 11148 betr. Nachtragskredite (traktandiert)
- Bericht und Antrag 11149 betr. Kreditabrechnungen ARA
- Einladung Zertifikatsübergabe Naturpark Niedermatten
- Schreiben betr. Baulanderschliessung Rebberg/Bauprojekt und Beitragsplan
- Bericht und Antrag 11150 betr. Ordentliche Einbürgerungen

- Bericht und Antrag 11151 betr. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2008
- Einladung zur heutigen Sitzung
- Postulat 11152 betr. Bewertung der IB Wohlen AG
- Motion 11153 betr. Einführung Schulsozialarbeit
- Fiko-Bericht zu Bericht und Antrag 11148 betr. NK I 2009
- Antwort zur Anfrage 11132 betr. Motion Nr. 11105 Teilamt für den Gemeindeammann

Rücktritte Charly Koch und Walter Pantano

Der Präsident verliest die Rücktrittsschreiben von Charly Koch und Walter Pantano und verdankt die geleistete Ratsarbeit.

195 0.010 Behörden; Wahlen und Abstimmungen
 Inpflichtnahme Thomas Keller, FDP, Christian Lanz, SVP, und Simon Sax,
 Freis Wohle

Gfeller Konrad, Präsident: Liest das Amtsgelübte vor und nimmt Thomas Keller, FDP, Christian Lanz, SVP, und Simon Sax, Freis Wohle, in Pflicht.

Ich stelle zu Händen des Protokolls fest, dass Sie nun in Pflicht genommen worden sind. Ich wünsche Ihnen bei der Ausübung dieses verantwortungsvollen Amtes viel Erfolg und Befriedigung und heisse Sie im Namen meiner Ratskolleginnen und Ratskollegen herzlich willkommen.

Fraktionserklärung SVP zum Leserbrief von IBW-Präsident René Meier vom 3. April 2009

Gallati Jean-Pierre, SVP: Am 3. April 2009 erschien im Wohler Anzeiger ein Leserbrief mit dem Titel „Von Fussball- und anderen Hooligans“. Der Verfasser war René Meier, seines Zeichens Kurzzeit-Gemeinderat in der laufenden Amtsperiode und Präsident des Verwaltungsrats der IB Wohlen AG. Diese AG steht zu 100 % im Eigentum der Einwohnergemeinde. Der Gemeinderat ist Wahlbehörde der Verwaltungsräte.

Der Leserbrief stellt einen neuen, unerwarteten Tiefpunkt der Wohler Politikultur dar: So wirft Herr Meier den Einwohnerräten „fehlende gesellschaftliche Akzeptanz“, „krankhafte Profilierungssucht“ und „schwerwiegende Sozialisierungsprobleme“ vor. Einwohnerräte seien „Chaoten“, sie seien „Politik-Radaubröder“. Der IBW-Präsident forderte in seinem Leserbrief die Abschaffung des Einwohnerrates.

Der Gemeinderat sei von „unsäglichen Intrigen“, „falschen Machtansprüchen“ und „reichlich vorhandenen Inkompetenzen“ vergiftet, heisst es weiter im Leserbrief.

Die SVP hat vom Präsidenten und vom Büro des Einwohnerrates verlangt, dass dieser Entgleisung eines nebenamtlichen, aber hochbezahlten Angestellten der Gemeinde entschieden entgegengetreten wird, und zwar im Namen des Einwohnerrates. Auch einzelne Einwohner haben dies vom Einwohnerratspräsidenten verlangt. Dass der Gemeinderat auf die unglaubliche Qualifikation durch den IBW-Präsidenten nicht reagiert hat, war keine Überraschung. Wir kennen die bestehenden Abhängigkeiten zwischen Gemeindeammann, Vi-

zeamann und IBW-Präsident Meier. Dass aber das Präsidium des Einwohnerrates keinerlei Reaktion zeigte, ist für unsere Fraktion eine Enttäuschung. Über die Gründe dieser passiven Haltung will unsere Fraktion nicht spekulieren.

Mit dieser Fraktionserklärung erklären wir unseren Protest gegen das Verhalten des IBW-Präsidenten einerseits und gegen die passive Haltung des Einwohnerratspräsidiums andererseits. Wir wünschen uns, dass das Ratspräsidium nicht nur dann moralische Reden hält, wenn es gegen die SVP geht. Sondern auch dann, wenn echte Entgleisungen und haltlose Anschuldigungen gegen die Institution Einwohnerrat im Raum stehen. Wer schweigt, macht sich mitschuldig.

Gfeller Konrad, Präsident: Wir haben dies im Ratsbüro besprochen. Es ist nicht Sache des Präsidenten, der Zeitung Antwort zu geben. Ich habe mit Herrn René Meier ein Gespräch geführt. Grundsätzlich ist er nicht gegen den Einwohnerrat, sondern gegen ein paar Komponenten, was sein Recht ist. Er schätzt die Arbeit des Einwohnerrates und ist der Meinung, dass unser Dorf einen Einwohnerrat braucht.

196 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Anfrage 11107 betr. Projektierungskredit Rebberg

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir sind nicht einverstanden und möchten beliebt machen, dass eine Diskussion geführt wird. Es geht um die Fortsetzung dieses Projektes und wir möchten nicht nochmals einen Albtraum erleben.

Abstimmung Diskussion

Der Einwohnerrat stimmt einer Diskussion mit 18 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es liegen keine Antworten vor, sondern es handelt sich um eine klassische Antwortverweigerung. Ich erlaube mir, dies Frage für Frage zu begründen.

Frage 1: Welche Ausgabe wurde wann getätigt?

Antwort: Pauschalaussage, keine Aussage.

Frage 2: Wer hat die Ausgabe der einzelnen Zahlungen freigegeben?

Antwort: Keine. Ausgewichen. Verweigert.

Frage 3: Wer hat die Ausgabe formell beschlossen?

Antwort: Es wird verwiesen auf Antwort zu Frage 1 – also keine.

Frage 4: Wer hat diese Ausgaben visiert?

Antwort: Es geht um neun Rechnungen, aber der Name ist nicht visiert – also keine Antwort.

Ich meine, wenn man Fragen stellt, darf man eine Antwort verlangen und erwarten – das ist unser Recht. Erst dann kann man beurteilen, ob alles richtig abgelaufen ist.

Frage 5: Wieso war teilweise kein Budgetbeschluss vorhanden?

Antwort: Ausweichende Antwort.

Frage 6: Welcher Gemeinderat trägt die Verantwortung?

Antwort: Verweigerung einer Antwort.

Frage 7: Welches Ressort ist verantwortlich?

Antwort: Halbwegs beantwortet. Es gäbe noch mehr Differenzierungen, aber immerhin wurde angeführt, um welche Ressorts es sich handelt.

Frage 8: Wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat eine Abrechnung über das ganze Geschäft unterbreiten?

Antwort: Diese Antwort ist in Ordnung.

Frage 9: Welche personellen Konsequenzen zieht der Gemeinderat aus dieser massiven Kompetenzüberschreitung?

Antwort: Das ist das Erschreckende: Man will keine Konsequenzen ziehen. Es ist aber eine ehrliche Antwort.

Frage 10: Welche strukturellen Konsequenzen zieht der Gemeinderat daraus?

Antwort: Sehr bedenklich. Strukturell will man ebenfalls keine Konsequenzen ziehen.

Frage 11: Gibt es für die weiteren Arbeiten an der Erschliessung Rebberg ein Budget oder einen Kostenvoranschlag?

Antwort: Der aktuelle Stand würde interessieren. Es ging weiter, es gab einen Nachtragskredit, der hier diskutiert und relativ knapp beschlossen wurde. Das Vertrauen ist eigentlich brüchig. Eine Information wurde verschickt, auch an uns Einwohnerräte. Wir von der SVP haben die Befürchtung, dass mit diesem Vorgehen private Vorteile über die Steuerkasse finanziert werden. Dem sollte der Gemeinderat entgegengetreten und informieren. Wir möchten keine Überschreitung dieses Kredites.

Frage 12: Welche Massnahmen hat der Gemeinderat getroffen, um weiteren Kostenüberschreitungen und Kompetenzmissbräuchen im betroffenen Ressort vorzubeugen?

Antwort: Es wurden keine Massnahmen getroffen, um dies zu verbessern. Immerhin sagt man, man hätte einen Verpflichtungskredit verlangen sollen.

Zusammengefasst und abschliessend wurden unsere Fragen zu 90 % nicht beantwortet. Die Verantwortung wird vom Gemeinderat verwischt und abgeschoben. Die Opfer sind die Steuerzahler, nicht unbedingt die Anwesenden. Hoffentlich kommt das gut mit dem Rebberg, wenn weiterhin so hantiert wird.

Benz Guido, CVP: In meinem Bericht vom 19. Mai 2008 habe ich mich zur Problematik zum damaligen Nachtragskredit ausführlich geäussert. Als Ergänzung: In der Rechnung 2008 werden wir wie folgt informiert. Dem Konto 620.501.19 ist zu entnehmen, dass für die Pro-

jektierung Erschliessung Rebberg bis Ende 2008 CHF 243'000 ausgegeben worden sind. Wenn man die Ausgaben, die bis im April 2008 getätigt wurden, die ohne Voranschlag gemacht wurden, und den von uns genehmigten Nachtragskredit von CHF 65'000 dazu-rechnet, stehen für die Projektierung total CHF 252'000 zur Verfügung. Der verfügbare Restbetrag für das Jahr 2009 beträgt somit noch CHF 9'000. Nun meine Frage an den Gemeinderat: Reicht das aus? Wenn es weniger als CHF 9'000 sind, die man ausgibt, ist das soweit abgedeckt, was dazumal besprochen wurde, ansonsten nicht. Ich gehe nicht auf alle Fragen ein. Es gibt aber eine, die ich gerne kommentieren möchte. Es handelt sich um Frage 5. Dort hätte die Antwort einfach lauten sollen: Der Gemeinderat hat sich nicht an die Regeln gehalten, was er in Zukunft vermeiden will. Wir brauchen ordnungsgemässe Kredite.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir gehen davon aus, dass dieser Betrag für die auszuführenden Arbeiten ausreicht. Kürzlich fand eine Informationsveranstaltung statt, an welche alle Mitglieder des Einwohnerrates, also auch Sie Herr Gallati, eingeladen waren. Das ist sehr gut gelaufen. Und Sie waren derjenige, der gesagt hat „Macht endlich vorwärts mit dem Rebberg“. Das ist das, was passieren wird. Wir hoffen, dass wir keine Einsprachen haben werden und nach den Sommerferien das Kreditbegehren vorlegen können. Der Rebberg ist ein Element, um den Standort Wohlen als Wohnlage attraktiv machen zu können. Wenn nun der Bauverwalter allenfalls eine Detailzahl hätte, was ich ihm aber nicht zumute, dann sollte er dies sagen. Ich meinte, es sollte abgedeckt sein, weil dort sehr genau gerechnet wurde. Man muss das Wesentliche sehen, es waren 9 Rechnungen, wie es hier steht. Sie können davon ausgehen, dass der Gemeinderat und der Gemeindeammann am Schluss die Übersicht über 9 Rechnungen haben, wenn es um das Weiterverrechnen geht. Ich weise Ihre Behauptung, dass es zu Lasten des Steuerzahlers geht, in aller Form zurück. Sie können davon ausgehen, dass wir genau rechnen und weiterverrechnen, was wir können. Bitte um Kenntnisnahme.

197 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Anfrage 11108 betr. Petition Südumfahrung

Fricker Matthias, CVP: Wir danken dem Gemeinderat für die Antwort. Wir verlangen keine Diskussion. Wir fordern den Gemeinderat bloss auf, den Druck aufrecht zu erhalten oder noch zu verstärken, damit das Projekt nicht vergessen geht.

198 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Anfrage 11113 betr. Fehlendes Legislaturprogramm 2006 – 2009 (3. Anfrage)

Steiner Landert Judith, SVP: Die SVP verlangt keine Diskussion.

199 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Anfrage 11116 betr. Behördenpropaganda des Gemeinderates

Steiner Landert Judith, SVP: Wir verlangen keine Diskussion.

200 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Anfrage 11118 betr. Vorgezogene Einführung der 3. Etappe der Steuerge-
setzrevision – Auswirkungen auf die Gemeinde Wohlen

Perroud Arsène, SP: Wir danken dem Gemeinderat ganz herzlich für die Beantwortung der Fragen. Wir verlangen keine Diskussion.

201 0.011.1 Einwohnerrat; Berichte und Anträge
Bericht und Antrag 11135 betr. Kreditbegehren von CHF 111'000 für die
Umsetzung von Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit am Bahn-
hof Wohlen

Perroud Arsène, GPK: Die Situation am Bahnhof Wohlen lässt seit einiger Zeit zu wünschen übrig. Vermehrt fürchten sich abends Passanten am Wohler Bahnhof. Es passieren Gewalttaten und der herumliegende Abfall und der Vandalismus machen die Situation auf dem unwirtschaftlichen Areal noch ungemütlicher. An einer Sitzung mit verschiedenen betroffenen Institutionen im April 2008 wurde die Sachlage besprochen und verschiedene Massnahmen diskutiert. Heute liegt nun ein Antrag des Gemeinderates vor, Videokameras zu installieren und das Areal besser zu beleuchten.

An sieben Standorten sind Kameras geplant, welche mit der Leitstelle der BDWM verbunden sind. Die BDWM hat seit einigen Jahren bereits Videokameras an ihren Stationen im Einsatz. Die Aufnahmen der Kameras werden dann zur Hilfe gezogen, wenn ein Vorfall wie Gewalt oder Vandalismus geschehen ist und die Aufnahmen der Aufklärung dienen. Die Aufnahmen werden nach 72 Stunden gelöscht, der Datenschutz ist somit sichergestellt. Videokameras haben nachgewiesenermassen eine abschreckende Wirkung auf potentielle Täter.

Die Verbesserung der Beleuchtung ist die zweite kurzfristige Massnahme, die ergriffen werden soll. Auf dem Plan der Vorlage sind die Standorte markiert, welche dunklen Ecken besser ausgeleuchtet werden sollen. Die Erkenntnisse aus der Masterplan- und Verkehrsrichtplan-Diskussion haben gezeigt, dass das gesamte Bahnhof-Areal eine neue Gestaltung notwendig hätte. Bis dahin ist es aber noch ein zu langer Weg, um mit diesen Massnahmen zuzuwarten.

Die Finanzierung des Vorhabens wird durch die SBB, die BDWM, den Kanton und die Gemeinde Wohlen gedeckt. Somit übernimmt die Gemeinde Wohlen rund die Hälfte an den Kosten, CHF 54'800.

Die GPK ist der Meinung, dass sich mit diesen beiden Massnahmen die Situation kurzfristig verbessern sollte. Die Gemeinde Wohlen ist gegenüber der Bevölkerung verpflichtet, die Sicherheit zu gewährleisten. Der Bahnhof ist eine Visitenkarte für eine Gemeinde. Es darf nicht sein, dass sich viele Personen am Bahnhof Wohlen unsicher fühlen.

Die vorgeschlagenen Massnahmen und die vermehrte Präsenz der Polizei vor Ort reichen aus Sicht der GPK aber noch nicht aus. Längerfristig müssen auch präventive Massnahmen ergriffen werden, die Gewalt und Vandalismus verhindern. Mit Areal-belebenden Massnahmen und auch Repressalien wie Videokameras oder Polizeipräsenz wird sich die Situation langfristig verbessern. Die GPK wird ein Postulat einreichen, das die Ausarbeitung präventiver Massnahmen fordert.

Geschätzte Anwesende, die GPK empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Bericht und Antrag 11135 betreffend der Umsetzung der Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit am Bahnhof Wohlen zuzustimmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke für die Ausführungen von Arsène Perroud. Es gibt drei wichtige Punkte beim öffentlichen Verkehr:

1. Pünktlichkeit
2. Sauberkeit
3. Sicherheit

Tragen Sie dazu bei, dass wir am Bahnhof Wohlen mehr Ruhe und Ordnung haben, stimmen Sie dem Bericht und Antrag zu.

Oftinger Alfonsina, CVP: Es ist eine Pflicht, den Bahnhof und seine Umgebung so sicher wie möglich zu gestalten. Videos, gute Beleuchtung, aber auch Polizeikontrollen am und um den Bahnhof sind eine Notwendigkeit. Durch dieses Vorgehen können wir Sachbeschädigungen minimieren sowie das allgemeine Klima am Bahnhof verbessern. Die CVP-Fraktion unterstützt einstimmig das Kreditbegehren

Hübscher Bertha, EVP: Dass etwas getan werden muss, ist unbestritten. Einerseits möchten wir die öffentlichen Verkehrsmittel viel besser nutzen. Aber wer zu später Stunde unterwegs ist und die Wahl hat, überlegt es sich, ob er nicht lieber das Auto nehmen will. Der Bahnhof und seine Umgebung sollte auch nachts ein sicherer Ort für alle sein. Eigentlich spricht auch nichts dagegen, dass sich Jugendliche und andere Gruppen treffen. Aber sie sollten den Mitmenschen mit Respekt entgegentreten. Die Frage stellt sich auch, was diese Leute veranlasst, andere Leute zu belästigen, Sachschaden zu verursachen und eine Unordnung zu hinterlassen. Haben sie es nicht gelernt? Es ist wohl ein gesellschaftliches Problem. Da sind Videoüberwachung und mehr Beleuchtung ein Mittel dazu. Die ganze Problematik wird aber damit auch nicht gelöst. Im Weiteren ist zu befürchten, dass diese Gruppen sich nachher in andere Gebiete verlagern, die nicht überwacht werden (Bsp. Reformierte Kirche). Auch dort haben wir uns bereits Gedanken gemacht betreffend Videoüberwachung und Mehrbeleuchtung. Wir stimmen dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Erb Otto, Dorfteil Anglikon: Leider kam es in der Vergangenheit immer wieder zu unschönen Szenen am Bahnhof Wohlen. Auch war immer wieder aus der Bevölkerung zu hören, „Ich traue mich spät abends nicht mehr in die Nähe des Bahnhofes“. Das kann und darf nicht sein. Die verantwortlichen Institutionen des Geländes müssen etwas unternehmen. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass man mit dem vorliegenden Bericht und Antrag

1. die Sicherheit der Bevölkerung erheblich verbessern kann.

2. mit Einbezugnahme aller beteiligten Institutionen eine gute, tragfähige Lösung gefunden werden kann und man den Bahnhof und die Umgebung für diejenigen, die in der Vergangenheit die unschönen Vorfälle verursacht haben, unattraktiv macht.

Wir sind der Meinung, dass sich die Kosten für den Anteil der Gemeinde Wohlen in einem vertretbaren Rahmen bewegen.

Schlussbemerkung: Eigentlich ist es nicht gut, wenn man öffentliche Räume mit Videoüberwachung und speziellen Beleuchtungskonzepten ausstatten muss. Aber leider zwingt uns die Entwicklung der heutigen Gesellschaft, solche Massnahmen ergreifen zu müssen. Wir bitten um Zustimmung zu Bericht und Antrag.

Stäger Urs, SVP: Wir sind nicht grundsätzlich dagegen. Wir haben nur eine Frage: Wie sind die Eigentumsverhältnisse am Bahnhof geregelt? Müsste nicht der Eigentümer einen Hauptteil der Kosten übernehmen? Wir stellen folgenden

Zusatzantrag

Falls der Kredit angenommen wird, ist vom Gemeinderat zwingend nach einem Jahr Bericht zu erstatten, welche Vorteile von diesen Massnahmen gezogen werden können.

Die SVP ist mehrheitlich für den Bericht und Antrag.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ein Teil des Areals gehört den SBB, der andere Teil der Einwohnergemeinde Wohlen. Ich möchte den Ball an den Bauverwalter weitergeben, ev. kann er genau Auskunft geben. Ich sage einfach, dass bei der Finanzierung, welche zu mehr als die Hälfte von Kanton und SBB/BDWM getragen wird, ein gewisses Übereinkommen notwendig ist. Eine genaue Kostenaufteilung ist nicht vorgegeben. Wir haben eine Lösung gesucht und gefunden.

Wegmann Marcel, Bauverwalter: Es ist tatsächlich so, dass ein grosser Teil des Areals den SBB gehört. Es haben aber sämtliche Beteiligte signalisiert, wo ein Beitrag geleistet werden kann und wo nicht. Z. B. zahlen die SBB grundsätzlich nichts an die Videoüberwachung. Das wird im ganzen Kanton so praktiziert. Dies sei Sache der Gemeinde. Sie bezahlen im Gegenzug mehr an die Beleuchtung und so kam der Schlüssel zustande. Man hat das Möglichste versucht.

Stäger Urs, SVP: Ich bin mit der Antwort nur teilweise zufrieden. Es ist im Bericht die Rede von Paletten beim Güterschuppen. Es wurde darum gebeten, dass diese wegkommen. Sie sind immer noch da!

Wegmann Marcel, Bauverwalter: Die Massnahme beim Güterschuppen wird zu 100 % von den SBB übernommen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Beim Zusatzantrag geht es darum, dass man nach einem Jahr Bilanz zieht. Was bringen die Massnahmen? Kann man diese eventuell optimieren? Ganz offen gesagt: Wir unterstützen die Vorlage, jedoch ohne jegliche Begeisterung. Aus unserer Sicht fehlt ein richtiges Sicherheitskonzept. Das Schlimmste: Jegliche Ziele fehlen! Z.B. „Es gibt keine Kriminalität mehr rund um den Bahnhof“ oder „Die Kriminalität reduziert sich um 80 % gegenüber heute“ oder „Auch junge Frauen fühlen sich wieder sicher um den und im Bahnhof“. Solche Ziele fehlen völlig, was wir sehr bedauern. Es wäre schön, solche lesen zu können und trotzdem glauben wir, dass es nach 12 Monaten eine Evaluierung braucht. Sonst rennen wir in das gleiche Problem wie die meisten Politiker: Wir haben ein Problem, alle stellen dies fest, es wird mit Geld und Aktivitäten zugedeckt und alle sagen

„Ja, wir haben etwas gemacht“. Auch hier im Saal „Ja, wir haben zugestimmt“. Aber am Schluss ändert sich nichts. Das ist der Hintergrund und der tiefere Sinn des Zusatzantrages. Zudem ist es ja kostenlos, wenn der Gemeinderat die Massnahmen nach einem Jahr nochmals überprüft. Ich bitte Sie, dem Zusatzantrag zuzustimmen.

Suter Stefan, SP: Dem Bericht und Antrag stimmen wir mehrheitlich zu. Es wurde bereits viel erzählt und grundsätzlich sind wir auch dieser Meinung. Wir möchten aber gewisse Punkte hervorheben.

Wichtig ist, dass der Bahnhof Wohlen unbestritten ein kritischer Punkt ist. Dieser wurde auch mit einer hohen Polizeipräsenz abgedeckt. Mit einer Videoanlage und einer besseren Beleuchtung kann auch die Polizeipräsenz reduziert werden und diese wieder dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht wird. Nicht, dass die gesamte Polizei nur noch am Bahnhof ist.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Grundsätzlich ist es so, dass jede Arbeit, die von uns verübt wird, nicht kostenlos ist, auch die Erstellung eines Berichtes nicht (kopieren, schreiben). Wir sind aber bereit, Bericht zu erstatten, nämlich im Rahmen des Geschäftsberichtes. Das wäre am effizientesten und kostengünstigsten. Wenn Sie dann das Gefühl haben, es sei etwas nicht zu Ihrer Zufriedenheit, kann dies dann mitgeteilt werden. Wir nehmen diese Forderung so entgegen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich bin erstaunt, dass der kleine Park mit den 3 Bänkli beim Bahnhof, wo laufend Alkohol und Drogen konsumiert werden, nicht in das Konzept eingeschlossen wurde. Ich hätte gerne eine Auskunft des Gemeinderates.

Wegmann Marcel, Bauverwalter: Wir haben abgewogen, was unbedingt notwendig ist und wo das Konzept erweitert werden kann. Insbesondere bei der Videoüberwachung war nicht das Ziel, den ganzen Bahnhof zu überwachen. Die Polizei hat mitgeteilt, dass sie die Personen kennt, die am Bahnhof Alkohol und Drogen zu sich nehmen. Von einem Problem kann in dem Sinn nicht gesprochen werden. Die Rückmeldungen kamen nicht bezüglich des Parks, sondern effektiv wegen des Schopfes, wo Passanten bedrängt wurden.

Gfeller Konrad, Präsident: Der Gemeindeammann hat mitgeteilt, dass der verlangte Bericht im Zusatzantrag zusammen mit dem Geschäftsbericht erstellt wird. Frage an Jean-Pierre Gallati. Wärs Du damit so einverstanden, erübrigt sich der Zusatzantrag, ziehst Du diesen zurück oder müssen wir über den Antrag abstimmen?

Steiner Landert Judith, SVP: Wir akzeptieren eine Berichterstattung im Geschäftsbericht und ziehen den Antrag zurück.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Bewilligung eines Bruttokredites von CHF 111'000 für die Umsetzung der Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit am Bahnhof Wohlen zu Lasten Konto 1.650.314

wird mit 34 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Bericht und Antrag 11141 betr. Kreditbegehren von CHF 131'000 für die Anschaffung und Installation einer Audio-/Beameranlage im Casino Wohlen

Gregor Ariane, Präsidentin GPK: Am 30. April 2009 hat die GPK in Anwesenheit von Gemeinderätin Doris Becker und Bauverwalter Marcel Wegmann das Kreditbegehren von CHF 131'000 geprüft.

Unser „Dorfsaal“ verfügt über eine sehr einfache Anlage, welche von Anfang an nicht den Bedürfnissen entsprach. Wie aus Gesprächen mit ehemaligen Baukommissionsmitgliedern zu erfahren war, wurde absichtlich auf Extras verzichtet. Die minimale Ausstattung war also Teil eines Konzeptes. Es muss weniger kontrolliert und ersetzt werden.

Im Jahr 2007 wurde für das Budget 2008 ein Betrag von CHF 75'000 eingesetzt. Die Show Creation AG in Dintikon wurde beauftragt, ein Devis auszuarbeiten. Die darauf ausgelöste Ausschreibung hat durch die Offertsteller ergeben, dass die ausgeschriebenen Komponenten nicht aufeinander abgestimmt seien und nicht den geforderten Bedürfnissen entsprechen. Ein Offertsteller hat eine Unternehmerofferte eingereicht und mit der Firma Dr. W. A. Günther Audiosystems AG in Erlenbach Kontakt aufgenommen.

Wegen der möglichen Budgetüberschreitung und im Sinne von Transparenz und Vertrauensförderung wurde das laufende Verfahren vom Gemeinderat gestoppt. In Zusammenarbeit mit dem führenden Unternehmen im Bereich professioneller Audio- und Lichttechnik, Dr. W.A. Günther Audiosystem AG in Erlenbach, entstand der nun vorliegende Bericht und Antrag.

Die GPK ist der Meinung, dass die projektierte Anlage einen stolzen Preis hat. Die Fachpersonen erläutern, dass die Grundausstattung teuer ist, besonders die Mikrofone, aber auch die Beschallung des Raumes in einer anständigen Qualität kostet. Das System wurde auf „Selbstbedienung“ ausgelegt, was wiederum auf die Höhe der Kosten schlägt. Positiv erachtet es die GPK, dass die projektierte Anlage erweiterbar ist, so dass mögliche Mieter auch weitere Mikrofone anschliessen könnten. Die meisten der vielseitigen Veranstaltungen im Casino könnten mit der neuen Anlage abgedeckt werden. So ist auch eine Vermarktung vorgesehen. Über die Höhe des Mietpreises jedoch muss noch diskutiert werden.

Das Vermietungskonzept des Saals ist allgemein nicht bekannt. Der Geschäftsbericht 2008 weist 112 Belegungen aus, was eine gute Auslastung bedeutet. Trotzdem regt die GPK an, dass mit einer Marketingstrategie die Vermietung des Saales und der projektierten Anlage neues Terrain beschritten werden könnte. Wünschenswert wäre dann, dass der Saalwart – trotz selbstbedienender Anlage – vermehrt vor Ort zum Einsatz kommt.

Mit 4 Ja Stimmen, 1 Nein Stimme und 2 Enthaltungen stimmt die GPK dem gemeinderätlichen Antrag zu.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich darf mich bei der GPK-Präsidentin für Ihre Ausführungen bedanken.

Bereits vor zwei Jahren hat eine Arbeitsgruppe die Bedürfnisse bezüglich einer neuen Audio-/Beameranlage im Casino abgeklärt. Aufgrund dessen sind damals CHF 75'000 ins Budget 2008 aufgenommen und vom Einwohnerrat gutgeheissen worden.

Nach der erfolgten Ausschreibung hat sich gezeigt, dass der vorgesehene Betrag für eine qualitativ gute und befriedigende Lösung längst nicht ausreicht. Aus diesem Grunde hat Ihnen der Gemeinderat diesen Bericht und Antrag unterbreitet.

Die Vorlage sieht ein Gesamtsystem vor: Die einzelnen Komponenten sind ideal aufeinander abgestimmt. Das heisst, die ganze Kette vom Mikrofon bis zum Lautsprecher ist berücksichtigt.

Mit der vorgeschlagenen Lautsprecheranlage kann eine hohe Qualität bezüglich Verständlichkeit und eine gleichmässige Beschallung im Saal garantiert werden.

Das Bedienungskonzept ist einfach und klar strukturiert: Die Basisstufe reicht für Einwohnerratssitzungen und kleinere Anlässe und kann von jedermann bedient werden. Die 2. Stufe sieht eine Einbindung von einem Regiemischpult vor. Sie ist geeignet für grössere Anlässe und braucht für die Bedienung eine versierte Person.

Was der Gemeinderat vermeiden möchte, ist eine Minimallösung wie z.B. nur die Anschaffung der Mikrofonanlage und der Beamer-Einrichtung. Man würde viel Geld ausgeben für eine halbpatzige Lösung, die niemanden richtig zufrieden stellen würde.

Bei rund der Hälfte der 112 letztjährigen Vermietungen war die vorhandene, einfache Infrastruktur nicht ausreichend. Das heisst, eine externe Anlage musste gemietet werden, wie es auch bei unseren Einwohnerratssitzungen der Fall ist.

Mit dem vorgeschlagenen Gesamtsystem, welches selbstverständlich neu ausgeschrieben würde, könnte in Zukunft ein grosser Teil der Veranstaltungen im Casino abgehalten werden. Der Gemeinderat verspricht sich mit der Investition mehr Vermietungen. Er würde bei entsprechender Nutzung auch die Gebühren anheben.

Der Gemeinderat bittet Sie um Ihre Zustimmung zum Kreditbegehren und bedankt sich dafür.

Erb Otto, Dorfteil Anglikon: Wie Sie alle wissen und an der einen oder anderen Veranstaltung erfahren konnten, ist die Anlage hier im Casino erneuerungsbedürftig. Wenn man an einem bestimmten Ort im Saal sitzt – ich habe das selber bereits erlebt – kann man nicht verstehen, was auf der Bühne gesprochen oder gesungen wird. Auch ist in der heutigen Zeit eine Beameranlage ein absolutes MUSS. Völlig richtig ist eine anerkannte Firma beauftragt worden, ein neues Konzept zu erarbeiten. Es ist auch richtig, dass dieses Konzept auf sogenannte „einfache“ Veranstaltungen ausgerichtet ist, wo die Anforderungen für Rockkonzerte oder ähnliches zu gross wären. Zudem spielen die Bands lieber auf ihren eigenen Anlagen. Mit dem jetzt vorliegenden Bericht und Antrag wird eine zukünftige Beschallung und Visualisierung des Casinos in einem vernünftigen Rahmen möglich sein. Auch ist nicht zu vergessen, dass diese Einrichtung der neuen Anlage eine Investition für die Zukunft ist. Die Attraktivität des Casinos kann dadurch wesentlich gesteigert werden. Das schlägt sich hoffentlich auch in der zukünftigen Vermietungsintensität nieder. Weil Submissionen stattfinden würden, könnte es sein, dass dieser Kredit nicht bis zum letzten Franken beansprucht werden muss. Wir werden dem Bericht und Antrag mehrheitlich zustimmen.

Manimanakis Corinne, SP: SP und Grüne sind einstimmig für die Genehmigung eines Kredits für die Anschaffung und Installation einer Audio/- Beameranlage im Casino.

Wir begrüssen die Eigeninitiative des Gemeinderates, denn wir sind überzeugt, dass es richtig und wichtig ist, das Casino mit einer solchen Anlage auszustatten. Durch die einfache Bedienung wird nicht nur der Einwohnerrat von dieser Gebrauch machen können.

Wir sind überzeugt, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung ist und wünschten uns, dass das Casino mit noch mehr Angeboten, die zu Vermietungen führen würden, glänzen könnte. Es wäre schön, wenn man das Casino z.B. mit Aschenbechern, Putzzeug, Geschirr, Besteck, usw. ausrüsten würde. Dies wäre eine weitere zu überdenkende Dienstleistung. Wir sind überzeugt, dass ein solcher Service von vielen Casinobesitzern dankend angenommen würde.

SP und Grüne würden es sehr begrüßen, wenn es nicht nur bei der Anschaffung dieser Audio-/Beameranlage bleiben würde und sind einstimmig für diese tolle Sache.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Unsere Fraktion hat lange darüber diskutiert, v.a. über den stolzen Preis und hatten dieselben Bedenken wie die GPK. Wir kamen aber zum Schluss, dass es richtig ist und haben uns mehrheitlich entschieden, die Vorlage zu unterstützen. Was wir ein wenig vermissen, ist, dass wir nicht wissen, welche zusätzlichen Einnahmen durch die Vermietung des Casinos fließen werden.

Lanz Christian, SVP: Der Gemeinderat sagt, die heutige Anlage entspreche nicht mehr den Anforderungen. Die Anlage kostete dazumal rund CHF 62'000. Also kann diese nicht einfach „nichts“ sein.

Bei einer Neuanschaffung sind wir überzeugt, dass man übermorgen schon wieder sagt, sie entspreche nicht mehr den Anforderungen. Nicht, weil das Projekt nicht sein soll. Aber wir wissen, dass heute in der Technik alles sehr schnelllebig ist. Wenn man einen PC kauft, ist der morgen schon veraltet und das wird auch hier der Fall sein. Wir sind der Meinung, dass die bestehende Anlage mit zusätzlichen Komponenten, was gesagt wurde von der GPK und vom Sprecher der FDP, ausgestattet werden kann, da gewisse Ecken nicht gut vertont sind. Man könnte die jetzige Anlage mit Lautsprechern so ausrüsten, dass oben, unten und hinten optimiert werden kann.

Es ist bestimmt eine grosse Investition und man muss sich fragen – ist das notwendig?

1. Jeder Veranstalter, der heute einen Anlass im Casino durchführt und einen Beamer benötigt, braucht auch den nötigen Recorder dazu, den er auch meistens selber mitbringt. Eine festmontierte Leinwand - das könnten wir uns noch vorstellen.

2. Der Gemeinderat erhofft sich, die Einnahmen durch Mehrbelegungen steigern zu können. Dies jedoch liegt nicht an einer neuen Anlage, sondern viel mehr an der Infrastruktur des Casinos im Bereich Festwirtschaft und Catering. Beim jetzigen Standard wäre dies vermutlich nicht der Fall.

Betrachten wir die Ausgaben zwischen 1999 und 2008: Ohne baulicher Unterhalt durch Dritte und bauliche Massnahmen allgemein (das beziehen wir auf Unterhalt des Gebäudes und darf nicht berücksichtigt werden) - also Löhne, Heizung, Abwasser, Reinigungsinstitut, Sitzungsgelder - belaufen sich die Ausgaben auf rund CHF 830'000. Benützungsgebühren sind lediglich CHF 450'000. Wir erachten die Audio- und Beameranlage als ein zu teures Projekt und werden dem Antrag so nicht zustimmen. Die bestehende Anlage kann bestimmt mit viel weniger Geld optimiert werden. Die CHF 131'000 könnte man sinnvoll in die Badi investieren.

Brunner Franz, CVP. Die Audio-/Beamer-Anlage kann für die Einwohnerratssitzungen sehr gut eingesetzt und genutzt werden. Ausserdem wird der Saal mit dieser Einrichtung für Versammlungen oder andere Anlässe attraktiver. Der Mieter des Saales braucht nicht selber für die Technik besorgt zu sein, sondern sie ist vor Ort vorhanden. Es ist heute ein Be-

dürfnis, solche technische Einrichtungen anbieten zu können. Selbstverständlich muss die Anlage durch eine Fachperson richtig bedient, betreut und verwaltet werden. Wir sind nicht enttäuscht, wenn der beantragte Kredit nicht voll ausgeschöpft wird. Die Fraktion ist einstimmig für die Vorlage.

Meier Maja, Freis Wohle: Die GPK-Präsidentin hat es bereits angesprochen, Toni hat es bereits gesagt. Wir haben über die Mietzinseinnahmen diskutiert. Es ist offenbar noch nicht klar, wie die Erhöhungen aussehen werden. Ich denke, eine Erhöhung wird stattfinden müssen. Für mich stellt sich die Frage: Wie funktioniert das? Müssen alle Mietzinserhöhungen zahlen? Auch diejenigen, die keinen Gebrauch von dieser Anlage machen? Ist es nicht einfacher, das Verursacherprinzip anzuwenden – derjenige, der eine Audioanlage braucht, lässt diese vom Bühnentechniker installieren und zahlt diese direkt. In diesem Sinne werde ich dieser Anlage nicht zustimmen.

Becker Doris, Gemeinderätin: Zuerst zur SVP: Ich gehe davon aus, dass viele Anwesende dem verpassten Saalbau nachtrauern. Wir haben jetzt das Casino und die Infrastruktur bezüglich Geschirr ist diejenige, die vorhanden ist. Das Volk stimmte dem Casino zu. Unsere Aufgabe ist es nun, dieses zu unterhalten. Es ist auch nicht sehr realistisch, davon auszugehen, dass wir in absehbarer Zeit einen Saal haben werden.

Zu Maja Meier: Ich muss sagen, der Gemeinderat hat darüber noch nicht gesprochen. Bei einer Zustimmung des Kreditbegehrens müssen wir darüber diskutieren. Ich könnte mir vorstellen, für dieses Konzept ist eigentlich Walter Dubler verantwortlich, dass diejenigen, die es brauchen, bezahlen und die anderen wahrscheinlich nicht.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Auch für mich ist der Betrag von CHF 131'000 sehr hoch. Ich möchte das Geld lieber in den baulichen Unterhalt unserer Gemeindeliegenschaften (Schule, Renovation Saalbau, ev. Boden Casino) investieren und nicht in eine kurzfristige Audio-/Beameranlage. Ich bin der Meinung, diejenigen, die eine solche Anlage benötigen, sollen diese selber mieten und direkt bezahlen. Ich werde dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Stäger Urs, SVP: Wir trauern dem Saalbau überhaupt nicht nach. Ich habe aber noch eine technische Frage. Ich möchte den Präsidenten bitten, den Tontechniker zu fragen, wo der Ausgang des Mischpultes angeschlossen ist.

Gfeller Konrad, Präsident: Wo ist der Ausgang des Mischpultes angeschlossen?

Tontechniker: An die bestehende Anlage.

Stäger Urs, SVP: Das heisst, mit ein paar Funkmikrofonen, wir haben ja eine durchaus gute Qualität, könnte man zusammen mit einem Mischpult mit der bestehenden Anlage weiterfahren. Das kostet niemals CHF 131'000.

Lanz Christian, SVP: Ich möchte zur Aussage von Doris Becker noch sagen, dass wir dem Saalbau bestimmt nicht nachtrauern. Das Casino wurde gekauft, das Volk hat dem Kauf zugestimmt. Die Infrastruktur des Casinos wurde allerdings bereits x Mal angesprochen. Die Aussage des Gemeinderates war jedesmal klar: man hat keine Platz, man will dies nicht.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Genehmigung eines Kredites von CHF 131'000 für die Anschaffung und Installation einer Audio-/Beameranlage im Casino Wohlen

wird mit 22 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung genehmigt.

203 0.011.1 Einwohnerrat; Berichte und Anträge
Bericht und Antrag 11147 betr. Kreditbegehren von CHF 29'150 für Erarbeitung der Grundlagen des neuen Parkierungsreglements

Bächer Andy, GPK: An der GPK-Sitzung vom 30. April 2009 haben wir den Bericht und Antrag 11147 mit Gemeindeammann Walter Dubler und Bauverwalter Marcel Wegmann behandelt.

Bei der Überarbeitung des Verkehrsrichtplanes wurde festgestellt, dass ein aktuelles Parkplatz-Konzept fehlt. Das bestehende Konzept ist 10-jährig und genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr.

Bei dem am 25. August 2008 bewilligten Planungskredits von CHF 130'000 für die Überarbeitung des Verkehrsrichtplanes wurde das Thema Parkraumplanung, auf Grund des in Aussicht stehenden neuen Parkplatzbewirtschaftungsreglement, bewusst ausgeklammert. Nach der am 28. September 2008 vom Stimmvolk abgelehnten Vorlage über ein neues Parkplatz-Bewirtschaftungsreglement muss die Parkraumplanung neu angegangen werden.

Die Erarbeitung der Grundlagen für ein neues Parkierungsreglement ist ein zentrales Anliegen, welches im Zusammenspiel mit dem Verkehrsrichtplan, dem Masterplan und den Bauzonenplan zur Hand genommen werden muss. Bei der Erarbeitung der Grundlagen sind folgende Ziele wichtig:

- Genügend grosses Angebot an PP im Zentrum
- Optimale Auslastung der bestehenden Anlagen (auch von Parkhäusern, die privat genutzt werden)
- Reduktion von kurzen Fahrten von Geschäft zu Geschäft
- Minimierung der Behinderung von Fussgängerverkehr im Trottoirbereich durch PP, attraktive Gestaltung des Strassenraums
- Reduktion von Suchverkehr
- Den Verhältnissen angepasste Bemessungsgrundlagen für die Berechnung von Pflicht-Parkplätzen
- Reduktion des wilden Parkierens (Laternenparkierens)

Ein grosser Teil der GPK unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates, die Erarbeitung eines neuen Parkierungskonzeptes der Firma Metron Verkehrsplanung AG zu übertragen, welche auch den Verkehrsrichtplan überarbeitet. Wir empfehlen Ihnen den Bericht und Antrag 11147 mit fünf Ja, einem Nein und einer Enthaltung zur Annahme.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke Andy Bächer für die präzisen Ausführungen. Ich habe keine Ergänzungen.

Riedi Adrian, Grüne: Trotz der Diskussion über den Preis, und wir haben länger darüber diskutiert, sind wir einstimmig dafür. Es ist zum richtigen Zeitpunkt, zusammen mit der Überarbeitung des Verkehrsrichtplanes, der Bauzonenplanrevision und der Erstellung des Masterplanes.

Duschén Andrea, FDP: Wir haben lange über dieses Traktandum diskutiert und wir erachten es als störend, dass nur eine Offerte eingeholt wurde. Es ist wieder die selbe Firma. Es werden jetzt bestimmte Stimmen laut, die sagen, diese kenne die Gemeinde Wohlen sehr gut und sie hat sich bewährt. Wir sind der Meinung, dass es noch andere Planungsbüros in der Schweiz gibt, wo eine Konkurrenzofferte verlangt werden könnte. Es wird auch bei den Handwerkern so gehandhabt. Wenn eine Arbeit ausgeschrieben wird, werden mindestens zwei Unternehmen angefragt. Wir haben uns auch überlegt, ob die Arbeit nicht innerhalb der Gemeinde geleistet werden kann? Ich bin der Meinung, dass beim letzten Parkierungsreglement dies ebenfalls so war. Ich denke z.B. an den Bauverwalter. Er ist in alle laufenden Planungen involviert (Zonenplan, Verkehrsrichtplan, Masterplan). Er weiss über alles Bescheid. Wäre es nicht eine Möglichkeit, dass der Bauverwalter dieses Projekt in die Hände nähme und so Kosten eingespart werden könnten? Nach all diesen Wenn und Aber sind wir nicht zu einer einheitlichen Meinung gekommen. Die Mehrheit der Fraktion vertraut aber dem Gemeinderat, dass unsere Bedenken seriös abgeklärt wurden und stimmt mehrheitlich dem Antrag zu.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Das Parkierungsreglement ist ein wichtiges Puzzleteil im Verkehrsrichtplan. Es ist aber auch eine Grundlage für die Erstellung des Masterplanes. Immer wenn in der Masterplankommission über das Zentrum gesprochen wird, kommt automatisch das Parkieren zur Sprache. Die aktuelle Situation wird besprochen, wo „Hüpfverkehr“ (Parkplatz zu Parkplatz) herrscht, Parkplätze in der oberen Zentralstrasse – will man diese aufheben oder mehr schaffen, damit die Geschäfte attraktiver werden? Es wird aber auch über ein mögliches öffentliches Parkhaus auf den verschiedenen Arealen (IBW-Platz, Isler-Areal) als mögliche Reserve für ein Parkhaus gesprochen. Es ist unumgänglich, dass wir ein Parkplatzreglement als Grundlage haben, damit Planungsgrundlagen abgeschlossen werden können. Wir stimmen dem Kreditbegehren einstimmig zu.

Donat Ruedi, CVP: Wir haben diskutiert, ob die CHF 30'000 wirklich benötigt werden. Hätte diese nicht in dem überarbeiteten Verkehrsrichtplan ev. Platz gehabt und dort bewilligt werden können? In der Diskussion sind wir vor allem zur Erkenntnis gekommen, dass wir im Parkierungsreglement insbesondere das Problem der Laternenparkierer gelöst haben wollen. Wir wollen das Parkplatzangebot im Zentrum optimieren und dass mit Privatpersonen Arrangements getroffen werden können. Wir denken dabei vor allem an die Veranstaltungen im Casino, dass ev. die Migros oder das Vögele-Parkhaus benutzt werden darf. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es wird Sie nicht überraschen, dass unsere Fraktion den Antrag ablehnt. Ich erlaube mir, kurz auf 2-3 Bemerkungen anderer Fraktionen einzugehen.

Zuerst zur FDP: Wenn Sie Sorgen haben, dass ein Auftrag über CHF 29'000 nicht öffentlich ausgeschrieben wird, können Sie beruhigt sein – die IBW baut für CHF 3 Mio. ohne Ausschreibung. Kümmern Sie sich bitte um die wichtigeren Sachen als diese CHF 29'000 - öffentlich oder nicht.

Es sei heute der ideale Zeitpunkt, wie die GPK und auch andere Fraktionen sagen, im Zusammenhang mit dem Planungswerk Zonenplan etc. Es ist natürlich der völlig falsche

Zeitpunkt! Die SVP sagt seit 4-5 Jahren, man müsse zuerst den Verkehrsrichtplan erstellen und anschliessend den Zonenplan oder allenfalls mit beiden gleichzeitig beginnen. Wir haben jedoch erneut das Pferd von hinten aufgezäumt. Wir haben mit dem Zonenplan begonnen und dort Entscheidungen gefällt. Im Nachhinein wird der Verkehrsrichtplan eingebracht und dann mit der Salami taktik der heutige Bericht und Antrag nachgeschoben. Das Positive daran ist immerhin, dass es einen Bericht und Antrag gibt im Gegensatz z.B. zum Rebberg, wo ein Sechsfaches ausgegeben worden ist ohne Bericht und Antrag. Im Gegensatz zu der Zonenplanrevision insgesamt - auch kein Bericht und Antrag - es wird ein x-faches ausgegeben von der Summe, von der wir heute sprechen. Letztendlich auch der Dauerbrenner: beim Inventar schützenswerter Objekte, an welchem wir seit mindestens 10 Jahren arbeiten, gibt es auch keinen Verpflichtungskredit. Wir haben uns auch gefragt, ob nicht die gestrige Ablehnung der Stadtvorlage Auswirkungen haben müsste. Zuerst einmal auf das Leitbild der Gemeinde Wohlen und letztendlich auch auf den Verkehrsrichtplan. Davon hört man heute kein Wort, dass man sich da Überlegungen gemacht hat. Eine Stadt hat ja logischerweise eine andere Verkehrsführung und auch eine andere Parkraumplanung im Gegensatz zur Gemeinde. Auch wenn Sie die Aargauer Zeitung lesen. Da hat es hohe Dorfpolitiker, die sagen, man hätte besser keine Volksabstimmung durchgeführt und es dem Gemeinderat überlassen. Das sind die Intelligenten, die Bevölkerung sind die Dummen! Dass man den Auftrag der Metron AG erteilt, und da decken wir uns mit der FDP, ist natürlich nicht gut. Wir haben es hier auch schon gesagt: Ein links-grünes Planerbüro - wir wollen keine links-grüne Verkehrsplanung im Dorf - und wir wollen auch keine Leute mit Bezug zum sozialistischen Zürcher Filz. Auch das haben wir hier schon einmal mitgeteilt. Es interessiert über den Kreis der SVP hinaus selbstverständlich niemanden. Wir sind aber mit der FDP zusammen auch der Meinung, dass unser anwesender Bauverwalter, Herr Wegmann, das Konzept selber erarbeiten könnte. Wir trauen ihm dies zu. Es ist ja nicht die erste Gemeinde der Schweiz, die ein solches Konzept erstellt. Ich möchte mit einer Befürchtung schliessen, die wir haben. Es war ja auch ein schöner Abstimmungssonntag im September 2008, das Referendum über die Parkgebühren, das ebenfalls wunderbar zweimal abgelehnt wurde, entgegen aller Einwohnerräte ausserhalb unserer Partei und ein paar von Freis Wohle. Wir haben die Befürchtung, dass man durch die Hintertür diesen Volksentscheid aushebeln will mit Bezug auf die Laternenparkierer. Sonst selbstverständlich wird es verschwiegen. Nachher sehen Sie in ein paar Monaten, kommt die nächste Vorlage, wo es im Reglement „Gebühren anpassen“ heisst anstelle von „erhöhen“. Das lehnen wir ab. Ich möchte Sie bitten, überlegen Sie sich das ernsthaft, erteilen Sie nicht wieder einem links-grünen Planungsbüro den Auftrag.

Keller Thomas, FDP: Wir haben innerhalb der Partei zusammen mit dem Dorfteil Anglikon das Thema sehr intensiv diskutiert. Mir ist aufgefallen, dass bei der letzten Abstimmung der Gemeinde mit negativem Ausgang, dies intern gelöst wurde ohne externe Partnerfirmen. Man weiss jetzt, warum der Antrag abgelehnt wurde. Die Leute möchten über die Nacht und bei den Sportanlagen nicht bezahlen. Ich denke, mit diesem Wissen sollte es möglich sein, z. Bsp. von der Bauverwaltung aus, dass das alte Reglement relativ einfach angepasst werden kann und dem Volk wieder vorgelegt und auf eine Zusammenarbeit mit einem externen Partner verzichtet werden könnte. Ich werde dem Bericht und Antrag nicht zustimmen.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Lieber Jean-Pierre, meines Erachtens widersprichst du dir. Ich war einer davon, der gegen das Parkierungsreglement war. Ich fand es laienhaft und ein Parkierungsreglement müsste professionell aufgestellt werden. Wenn Du das Büro grün findest - kann sein - aber ich möchte dies von Fachleuten abgeklärt haben und nicht einer eigenen gebastelten Lösung zustimmen.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Genehmigung eines Kredites von CHF 29'150 zur Erarbeitung der Grundlagen für ein neues Parkierungsreglement zu Lasten Konto 1.790.318.01

wird mit 25 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung genehmigt.

204 0.011.1 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Bericht und Antrag 11145 betr. Stellenausbau bei der Einwohnerkontrolle

Gregor Ariane, GKP: Die Gemeinden haben einen gesetzlichen Auftrag zur Führung einer Einwohner- und Fremdenkontrolle. Der erste Kontakt mit der Gemeindeverwaltung ist in der Regel mit der Einwohnerkontrolle. Gestresste und unzufriedene Mitarbeiter vermitteln kein gutes Bild gegenüber der Kundschaft und vereiteln das Standortmarketing. Dass es nicht soweit kommt, beantragt der Gemeinderat eine Pensenaufstockung in der Einwohnerkontrolle.

Das Bedürfnis zu mehr Stellenprozenten ist schon früher erkannt worden, selbst ein Antrag war schon in Vorbereitung, welcher vernünftigerweise wegen dem Abschluss der Verwaltungsanalyse sistiert wurde. Die Analyse der OBТ sieht den personellen Ausbau in der Einwohnerkontrolle in 1. Priorität vor.

Die Einwohnerzahl wächst laufend. Die Menschen sind mobiler geworden und die Anzahl der Zu- und Wegzüge, auch der Umzüge innerhalb des Dorfes, nehmen zu. Die Finanzkrise wird vermutlich noch mehr Fluktuationen auslösen. Als Kundinnen und Kunden der Einwohnerkontrolle sehen wir nur vorgängig den Schalterdienst, welcher zu Spitzenzeiten die Halle mit Warteschlangen im Gemeindehaus bevölkert. Jeder Kundenkontakt löst auch eine Nachbearbeitung aus. So hat die Einwohnerkontrolle nicht nur Schalterdienst zu erledigen, die Bereiche Einwohner- und Fremdenkontrolle sowie Stimmregister beinhalten vielfältige, zeitintensive Aufgaben. Die Arbeiten im Hintergrund können zum Glück im nebenan gelegenen neuen Büro in Ruhe und ohne „Schalterlärm“ erledigt werden.

Da es fachspezifisches Wissen braucht, um die erhobenen wie auch heiklen Daten richtig im EDV System aufzunehmen, kann nicht auf Arbeitshilfen anderer Verwaltungsbereiche zurückgegriffen werden. Die geplanten 60 % Pensenaufstockung sollten genügen, um auch die kommenden Mehrarbeiten wie die Volkszählung zu bewältigen.

Wir sollten aber nicht vergessen, dass im Finanzplan die finanziellen Überlegungen der Gemeinde geschrieben sind. Reflektieren wir, ob die nötigen Finanzen vorhanden sind für die wünschbaren Extras. Eine Gemeinde kann nicht mit einem Unternehmen gleichgesetzt werden, aber etwas mehr unternehmerisches Denken würde kaum schaden.

Als Laien entscheidet sich die GPK mehrheitlich für die Pensenaufstockung, im Sinne der Visitenkartenposition dieses wichtigen Verwaltungszweiges.

Die GPK stimmt mit 5 Ja- zu 2 Nein-Stimmen dem gemeinderätlichen Antrag zu.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Besten Dank für die präzisen Ausführungen der GKP-Präsidentin. Ich habe keine Ergänzungen.

Bertschi Bruno, SVP: Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen mitteile, dass die SVP diesen Antrag ablehnen wird. Die OBT-Studie zeigt klar auf, dass in unserer Verwaltung auch Abteilungen sind, die überdotiert sind. Es muss möglich sein, interne Personaltransfers vorzunehmen und temporäre Spitzen bei der Einwohnerkontrolle abzudecken. Permanent überlastet ist die Einwohnerkontrolle bestimmt nicht. Der Gemeinderat wird jetzt argumentieren, dass dies von den Fachkenntnissen her nicht möglich ist. Doch, es ist möglich! Indem man den Mitarbeitern nicht Scheuklappen für ihre Abteilung anzieht, sondern sie je nach Fähigkeit und Motivation breitfächeriger ausbildet. Jeder Mitarbeiter unserer Verwaltung wird stolz darauf sein, auch Fachkenntnisse anderer Arbeitsgebiete ausweisen zu können. Das sind dann auch die Leute, die sich für einen späteren Kaderjob bestens eignen. Die ganze Angelegenheit ist meines Erachtens nur eine Frage der Motivation. Ein weiterer Grund für die Ablehnung: Die SVP lehnt jeglichen Ausbau der Verwaltung ab. Zuerst müssen die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Der Steuerfuss muss auf ein erträgliches Mass reduziert werden. Vorher ist nicht an einen Ausbau der Verwaltung mit neuen Fixkosten auf den Schultern des Steuerzahlers zu denken. Ich möchte aber mein Votum nicht schliessen, ohne den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einwohnerkontrolle für ihre professionelle Arbeit und die freundliche Bedienung zu danken. Sie sind eine gute Visitenkarte unseres schönen Dorfes.

Keller Anna, Grüne: Die Gemeinde wächst und dadurch entsteht auch mehr Arbeit. Auch wenn dies der SVP nicht gefällt. Deshalb meinen die Grünen/SP: Wenn die Mitarbeitenden am Samstag arbeiten müssen um ihre Arbeit fertigzustellen, wenn sie zum Teil ihre Anstellung kündigen, weil der Stress zu gross ist, dann ist die Zeit für eine Aufstockung gekommen. Wir verlangen gute Arbeit der Gemeindeverwaltung und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch gute Arbeitsbedingungen und zufriedenes, aufgestelltes Personal, die Zeit haben für Kundenkontakte, für die sorgfältige Bearbeitung der Aufträge und für eine qualifizierte Lehrlingsausbildung. Wir stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Roger Waeber, CVP: Für uns ist der geplante Stellenausbau unbestritten. Die Einwohnerkontrolle ist eine wichtige Anlaufstelle. Es ist wichtig, dass diese Visitenkarte einen guten Eindruck macht. Die Notwendigkeit für eine Aufstockung ist ausgewiesen. Wir stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Keller Thomas, FDP: Für uns innerhalb der Fraktion war es sehr schwierig, über die Notwendigkeit der neuen Stelle zu urteilen. Wir verlassen uns auf die Argumentation des Gemeinderates und unterstützen den Stellenausbau. Uns ist aber aufgefallen, dass aktuell 18,4 Stellen im Stundenlohn existieren. Der Anteil solcher Stellen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Es wäre eine Überlegung wert, ob es nicht Sinn macht, dass diese Stellen in Zukunft in den Stellenplan der Gemeinde aufgenommen würden.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Schlussendlich ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit. Ich meine, die Leute, die auf der Einwohnerkontrolle tätig sind, haben ihre Aufgabe sehr gut gemacht. Wir sind der Überzeugung, dass sie es auch in Zukunft gut machen werden und die beantragten Stellenprozente benötigen, um die Seriosität zu garantieren. Wir unterstützen den Antrag mehrheitlich.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Bruno Bertschi, du sprichst immer von unserem Dorf, zum Glück Dorf, aus deinem Munde klingt das wie ein „Dörfli“. Ich möchte noch ein paar Zahlen mitteilen, die uns in der GPK zugetragen wurden.

- Wir haben rund 1'500 Umzüge innerhalb der Gemeinde pro Jahr
- Zuzüge von 400 Schweizern pro Jahr
- Zuzüge von 500 Ausländern pro Jahr
- Wegzüge von 500 Schweizern pro Jahr

- Wegzüge von 400 Ausländern pro Jahr

Das sind nicht kleine Zahlen. Soviel zum Thema Zahlen und zur Verniedlichung dieses Umfanges.

Auch ich werde dieser Aufstockung zustimmen. Ich möchte aber daran erinnern, dass es wünschenswert wäre, wenn ein Gesamtkonzept auf der Basis der Verwaltungsanalyse vorliegen würde. Erst dann ist eine Gesamtübersicht über den geplanten Stellenausbau vorhanden.

Meier Maja, Freis Wohle: Ich bin der Meinung, dass man eine Aufstockung im Gemeindehaus nur in einem Gesamtkonzept ansehen muss, auch wenn es bei der Einwohnerkontrolle begründet ist. In diesem Zusammenhang würde mich noch interessieren, wie sich die Einführung des Biometrischen Passes auf die Einwohnerkontrolle auswirkt, da Pass und ID nicht mehr in der eigenen Wohngemeinde beantragt werden können. Ich bevorzuge eine befristete Stelle, bis alle Abklärungen getroffen sind und die Verwaltungsorganisation überprüft und umgesetzt ist.

Hartmann Peter, Gemeindegemeinderat: Ich kann Ihnen nicht sagen, wie sich die Einführung des Biometrischen Passes auswirken wird. Er wird aber bestimmt nicht so nachhaltige Folgen haben, dass auf den Stellenausbau verzichtet werden kann.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte Sandra Lehmann nur noch entgegenen, dass ich in meinem Referat die Arbeit der Einwohnerkontrolle in keiner Art und Weise verniedlicht habe. Ich weiss, dass diese Leute fähig und fleissig sind. Das kann ich nicht akzeptieren.

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Für die Einwohnerkontrolle seien zusätzliche 60 Stellenprozent zu bewilligen.

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen genehmigt.

Benz Guido, Fiko: Ich möchte zu dem Fiko-Bericht, den Sie erhalten haben, ein paar Ergänzungen machen. Vor allem möchte ich einige Bemerkungen zur Kommunikation des Gemeinderates machen. Das erscheint mir angebracht. Bei den einzelnen Nachtragskrediten möchte ich mich kurz fassen, ausser zum Nachtragskredit 1 betreffend den CHF 30'000 der Verwaltungsorganisation.

Wozu dient ein aussagefähiger Bericht und Antrag? Er soll allen Beteiligten, d.h. den Einwohnerräten, der prüfenden Kommission, aber auch der Presse und den Stimmbürgern einen raschen Zugang zum Thema und zum Entscheid ermöglichen. Darüber hinaus soll er vertrauensbildend sein.

Darum habe ich letztes Jahr verlangt, dass der Gemeinderat auch zu kleineren, einfachen Nachtragskrediten einen kurzen Kommentar abgibt. Mein erneutes Beispiel im Bericht (kursiv gedruckt) umfasst bei den Nachtragskrediten 2 und 3 lediglich 14 und 9 Zeilen. Die Verantwortlichen hätten dies vielleicht in je einer halben Stunde Arbeit erledigen können, für mich war es wahrscheinlich der doppelte Aufwand. Die Information der Einwohnerräte erfolgte zudem erst durch den FIKO-Bericht, einige Wochen später.

Auch bei kleinen Nachtragskrediten gibt es aber Fälle, über die umfassender informiert werden muss, weil sie Teil eines grösseren Projektes ausmachen. Im letzten Mai betraf es die „Erschliessung Rebborg“. Das ersehe ich als grosses Projekt, wo mir ein Gesamtüberblick als wichtig erscheint. Jetzt erachte ich den Nachtragskredit 1 „Verwaltungsorganisation ...“ als eine kompliziertere Angelegenheit, wenn man alles beachtet. In der FIKO als auch in der Partei musste ich feststellen, dass niemand einen konkreten Überblick hat, was bereits erledigt ist und welche Kosten entstanden sind. Das sind für mich Beweggründe zu sagen „Ich möchte mehr Informationen haben“. Nun möchte ich zum Nachtragskredit 1 (CHF 30'000 für die Verwaltungsanalyse) Zusatzinformationen liefern. Ich hätte dies mittels Bericht erledigen können, teile Ihnen dies nun mündlich mit.

- Der für die Verwaltungsanalyse bewilligte Kredit betrug CHF 50'000
- Die Kosten der Verwaltungsanalyse betragen effektiv CHF 67'000
- Dazu kommen für einen Polizei-Workshop (zweifellos sinnvoll) CHF 4'000
- Die Analyse Salärstruktur, ursprünglich in der Verwaltungsanalyse enthalten, kostete wegen vorerst unklarem Auftrag zusätzlich CHF 5'000
- Bis heute wurden also total ausgegeben CHF 76'000
- Dies zu Ihrer Information; zur Berechtigung der Mehrausgaben wird sich die Fiko bei der Prüfung der Rechnung 2009 äussern.
- Die Kosten für die vom Gemeinderat in eigener Kompetenz veranlasste Analyse der Behördenorganisation belaufen sich auf CHF 24'000.

Es scheint mir im Rahmen des Gesamtprojektes auch wichtig zu wissen, was konkret weiter geplant ist.

Einen weiteren Teil, den ich absolut vermisst habe – worum geht es überhaupt? Wir haben nichts gehört. Sie haben im Bericht eine relativ detaillierte Aufzählung gesehen worum es geht. Ich verstehe es absolut, es ist eine Blickrichtung, eine Idee, die man nochmals überlegen muss. Der Gemeinderat hat dies noch nicht im Detail beschlossen, was ich auch nachvollziehen kann. Aber es gibt uns eine bestimmte Idee, wohin wir wollen. Der Antrag der

Fiko ist, dass über diese Kredite einzeln abgestimmt wird, weil es sich teilweise um Nachtragskredite mit verschiedenen Charakteren handelt. Die Fiko ist zum Teil einstimmig, zum Teil grossmehrheitlich für die einzelnen Nachtragskredite,

den ersten über Fr. 30'000.— (Verwaltungsreorganisation),
den zweiten über Fr. 15'000.— (Stiftung Roth-Haus Muri)
den dritten über Fr. 25'000.— (Studie im Zusammenhang mit der Bauzonenplanung)

Ich möchte zum Schluss nochmals auf die Kommunikation zurückkommen.

Ich bitte die Fraktionssprecher, sich zur Kommentierungsfrage klar zu äussern. Wenn die Einwohnerräte mit der Kommunikation des Gemeinderates einverstanden sind, werde ich in Zukunft keine ähnlichen Begehren mehr stellen. Andernfalls fordere ich den Gemeinderat auf, den Wünschen des Einwohnerrates nachzukommen.

Die FIKO stellt Ihnen folgende Anträge:

1. *über die einzelnen Nachtragskredite sei einzeln abzustimmen*
2. *alle drei Nachtragskredite (getrennt) seien zu genehmigen.*

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Ich möchte dem Präsidenten der Fiko recht herzlich danken für die ausführliche Auseinandersetzung der einzelnen Konti. Wir möchten nichts weiter ergänzen. Wir haben drei Nachtragskredite gestellt. Ein Nachtragskredit heisst, dass aufgrund irgendwelcher Vorkommnisse der Voranschlag, den Sie dazumal verabschiedet haben, nicht ausreicht, aufgestockt werden muss um die beantragte Summe (z.Bsp. Kto. 012.318, welches um CHF 30'000 erhöht werden muss). Die Kritik betreffend Kommunikation nehmen wir selbstverständlich entgegen. Ich erlaube mir aber trotzdem, Ihnen noch eine Anregung zu geben. Es ist immer in Klammer vermerkt „gemäss PA von...“. PA bedeutet Protokollauszug. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie Zeit und Lust haben, in den Akten nachzuschauen, die übrigens für jeden im Gemeindehaus zugänglich sind. Der Gemeinderat beantragt selbstverständlich, alle drei Nachtragskredite zu bewilligen.

Abstimmung Zusatzantrag Fiko

Dem Antrag der Fiko

Über die einzelnen Nachtragskredite sei einzeln abzustimmen

wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktion SP und Grüne nimmt wie folgt Stellung zu den Nachtragskrediten

Verwaltungsanalyse: Unsere Fraktion kann der Argumentation des Gemeinderates und der Fiko folgen und unterstützt den Antrag. Es ist aus unserer Sicht wichtig, dass die erkannten Mängel und offenen Fragen nun schnell weiterbearbeitet werden können. Sonst wäre die gesamte Analyse vergebens gewesen.

Stäger Urs, SVP: Die Verwaltungsanalyse der Firma OBT war ja auch nicht gerade ein Meisterwerk. Ich habe es an der letzten Sitzung bereits mitgeteilt. In Betracht dessen, dass sie bereits übermarcht haben, denen noch mehr Geld zu geben, ist schade. Ich habe aber auch gehört, es soll verwendet werden, um die Verwaltungsstruktur aufzugleisen. Das ist

aber definitiv zu früh vor dem 28. Juni 2009. Dann wird das Volk über das Voll-/Teilamt des Gemeindeammannes abstimmen. D.h. die Analyse mag nicht fertig bis zu diesem Zeitpunkt, wenn diese seriös erarbeitet werden will und sie muss doppelt gemacht werden. Mindestens die Hälfte ist überflüssig. Wir bitten Sie, diesen Kredit abzulehnen.

Keller Thomas, FDP: Zuerst noch zur Anfrage von Guido Benz. Wir würden es ebenfalls begrüßen, wenn solche Anträge detaillierter wären. Wir sind zu unseren Informationen gekommen, dank dem wir in unserer Fraktion mehrere Gemeinderäte haben. Sonst wäre es schwierig geworden.

Zum ersten Kreditantrag: Wir sehen es so, dass es sich um eine Fortsetzung der Verwaltungsanalyse handelt. Wir haben uns auch gefragt, ob es der richtige Punkt ist, wo dies ausgeführt wird. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir dem grundsätzlich zustimmen.

Betreffend Roth-Haus Muri: Wir haben dem mehrheitlich zugestimmt. Wir denken, dass es sich um eine sinnvolle Institution handelt und wir möchten dies unterstützen.

Betreffend Kredit Planung Naturschutz: Da sind wir uns in der Fraktion nicht einig geworden. Die einen haben dem zugestimmt, andere wiederum lehnen dies ab. Ein Thema, was die Meinungen spaltet, ist, dass zur Zeit sehr viele Planungen in Wohlen laufen (Verkehrsplanung, Masterplan, etc.).

Meier Maja, Freis Wohle: Wir unterstützen diese drei Anträge und danken der Fiko für die kritische Prüfung, Ergänzungen und Vorschläge. Zum ersten Nachtragskredit: Eine externe Fachstelle für die Vorbereitung und Umsetzung erachten wir als sinnvoll. Den Beitrag an die Stiftung Roth-Haus Muri unterstützen wir und der Grünraum darf bei den verschiedenen Planungen nicht vergessen werden. Auch diesen Kredit unterstützen wird.

Benz Guido, CVP: Die CVP-Fraktion unterstützt alle diese Nachtragskredite einstimmig. Ich möchte noch zwei Sachen ergänzen.

Ich bin auch der Meinung, dass es gut ist, wenn Einwohnerräte gelegentlich das Gemeindehaus besuchen und Einsicht in die Akten nehmen. Andererseits muss ich sagen, dass es nicht jedes Mal notwendig ist. 40 Personen, die eine halbe Stunde benötigen, brauchen insgesamt 20 Stunden und ich bin der Meinung, dass ein Kurzkomentar des Gemeinderates mit einem Zeitaufwand von einer Stunde möglich ist. Es braucht bloss ein Papier. Mit anderen Worten: Es lohnt sich durchaus, diese Informationen weiterzugeben.

Noch kurz etwas zum Timing: Darüber haben wir sowohl in der Fiko als auch in der Fraktion gesprochen: Wenn man betrachtet, dass bloss ein paar Wochen zur Verfügung stehen bis die Abstimmung stattfindet, und wenn man weiss, wie viel Vorbereitungszeit solche Planungen benötigen, ist es sinnvoll, wenn man dies nun in Gang setzt. Vor der Abstimmung wird noch nichts zustande kommen. Aber man kann anschliessend zügig vorwärts machen. Das ist für uns sehr wichtig.

Perroud Arsène, SP: Dem für uns notwendigen Beitrag für das Roth-Haus Muri stimmen wir einstimmig zu. Die Grünplanung im Rahmen der Bauzonenplanüberarbeitung unterstützen wir ebenfalls. Wir haben uns allerdings die Frage gestellt, warum dies nicht bereits im Auftrag für die Bauzonenplanung enthalten war.

Kohli Benno, FDP: Ich habe noch eine Frage betreffend Grünraumplanung: Das ist ein Nachtragskredit. Meine erste Frage lautet: Läuft diese Planung bereits? Der zweite Gedanke: Wir sind an der Zonenplanung, an der Masterplanung, und an der Verkehrsrichtplanung, welche sich alle überschneiden. Wir haben Planungen, die vorauslaufen, die eigent-

lich tonangebende Planungen sind. Ich frage mich nun, falls es sich um einen Kredit für dieses Jahr handelt, ob diese Planung noch dieses Jahr zustande kommt. Der Kredit würde ansonsten verfallen. Ich bin zwar sehr überzogen, dass die Grünzonenplanung notwendig ist, frage mich aber, ob der Zonenplan soweit abgeschlossen ist, um die Grünraumplanung, die eigentlich eine Detailplanung ist, fertigzustellen. Das bezweifle ich ein wenig.

Im Weiteren gilt es, nach der Zonenplanung eine Anpassung des Kulturlandplanes vorzunehmen. Meine Frage ist, ob es nicht sinnvoller wäre, dies miteinander auszuarbeiten. Für beides wird ein Landschaftsplaner benötigt.

Wegmann Marcel, Bauverwalter: Es ist tatsächlich so, dass die Grünraumplanung noch nicht im Gang ist. Es ist von der Kommission für Natur und Umwelt angeregt worden, dass dies nun in Gang gesetzt wird, nachdem wir beim Zonenplan schon sehr weit sind. Wir gehen aber davon aus, dass es in diesem Jahr noch abgewickelt werden kann, sonst würde der Kredit tatsächlich verfallen.

Kohli Benno, FDP: Ich bin mit der Antwort soweit zufrieden. Ich bin klar der Meinung, dass die Zonenplanung zuwenig weit ist. Da gibt es noch diverse Sachen, über die gesprochen werden muss (insbesondere Masterplanung). Ich glaube nicht, dass es möglich ist, die Grünplanung auch noch fertigzustellen. Sie müsste dieses Jahr noch abgerechnet werden und das ist meines Erachtens eine Sache, wo es um Details geht. Ich bin dafür, dass die Grünraumplanung nächstes Jahr realisiert und dafür eine ordentliche Summe budgetiert wird.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Es rächt sich halt, wenn man nicht sauber mit Bericht und Antrag und einem Verpflichtungskredit arbeitet. Von der SVP wird seit rund 1 ½ Jahren verlangt, dass für die gesamte Zonenplanung über mehrere Jahre hinweg - gewisse Leute sagen, die kostet CHF 300'000 (vielleicht sind es nicht CHF 300'000), andere meinen, die Kosten bewegen sich in einem tiefen sechsstelligen Betrag. Jetzt kommen wir immer einzelsprungweise, ein wenig Grünraum, ein wenig Parkraum, noch dies und das, ein Gesamtüberblick ist auch nicht vorhanden. Man schmeisst das Geld zum Fenster raus und am Schluss überschreitet man die Kredite. Danke übrigens für die Arbeit der Fiko, dass sie auch nachhakt. Bei uns fehlt jegliches Vertrauen, dass es sinnvoll ist, diese Kreditbegehren anzunehmen, wir lehnen gleich alle ab. Es kann ja nicht sein, dass man dem Gemeinderat immer « die Würmer zur Nase rausziehen muss » und die Fiko den Begründungsaufwand und die Arbeit für den Gemeinderat leisten muss.

Benz Guido, CVP: Ich möchte noch eine Ergänzung machen im Anschluss an das Votum von Jean-Pierre Gallati. Die Überlegung, alles zur Weiterbearbeitung zurückzuweisen, war bei mir sehr stark präsent. Das Interesse und die Wichtigkeit, insbesondere der Verwaltungsanalyse, überwiegen jedoch. Ob die Grünraumplanung nun in diesem oder einem anderen Monat war, kann ich nicht beurteilen. Ich bin aber der Meinung, dass das alles richtig in die Planung einfließen muss, es darf kein Unterbruch stattfinden. Das war der Grund, dass sich die Fiko die Mühe nahm, Bericht und Antrag auf diese Einwohnerratssitzung zu erstellen. Es gibt aber noch andere Elemente, der Voranschlag und Finanzplan z.B. folgen noch. Ich muss sagen, wenn gewisse Sachen, die wir zusammen mit dem Einwohnerrat, gewünscht haben, nicht angegangen wären, kommt ev. der Moment, wo man sagt, «zurückweisen ». Wir waren aber der Meinung, dass es für diese drei Nachtragskredite richtig sei, vorwärtszumachen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat genehmigt folgende Nachtragskredite:

1. CHF 30'000 für die Erarbeitung von Grundlagen zur Anpassung der Behörden- und Verwaltungsorganisation (Konto 1.012.318.02): 28 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen
2. CHF 15'000 als Gemeindebeitrag für die neue Beschäftigungsstätte gemäss PAVom 17. November 2008 der Stiftung Roth-Haus Muri (Konto 1.550.365): 31 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen
3. CHF 24'000 für die Erarbeitung der Grünraumplanung Wohlen im Rahmen der Bauzonenplanung gem. PA vom 30. März 2009 (Konto 1.770.318.02): 26 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen

206 0.011.1 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Bericht und Antrag zum Postulat 11142 zum Postulat 11055 betreffend
Prüfung Einführung Schulsozialarbeit

Gregor Ariane, GPK: Der Gemeinderat ist mittels Postulat aufgefordert worden, die Schulsozialarbeit auf allen Stufen der Volksschule zu überprüfen und dem Einwohnerrat einen Prüfungsbericht vorzulegen, aus welchem die nötigen Massnahmen abgeleitet werden können.

Der durch eine Arbeitsgruppe der Schulpflege erstellte Bericht ist umfassend und klar aufgliedert und eigentlich seit langem im Besitz des Gemeinderates. Der Auftrag ist erfüllt, so können wir das Postulat als erledigt betrachten.

Auch wenn das Postulat keine politische Würdigung des Berichtes verlangt, hat die GPK sich intensiv mit SSA auseinander gesetzt.

Die Schulpflege hat ein Dossier zusammengestellt mit 17 zum Teil abgeschlossenen, zum Teil aktuellen und noch laufenden Fällen des 1. Quartals des Schuljahres 2009. Die Fälle lesen sich wie Kurzkrimis. Es ist beängstigend, aber leider eine Tatsache, dass die Qualität der ganzen Schule unter solchen Fällen leidet. Mit Schulsozialarbeit könnte ein Angebot für Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer aber auch Schulleiterinnen und Schulleiter angeboten werden.

Die Abklärungen beim SPD nehmen viel Zeit in Anspruch und die Anmeldefristen dauern sehr lange. In der Zwischenzeit könnte zur Entlastung der Lehrperson und der Schulleitung mit SSA wertvolle Arbeit geleistet werden. Für Kinder ist es wichtig, sich schnell und unbürokratisch Hilfe zu holen bei Themen wie Mobbing, Gewalt, Disziplinarproblemen oder Leistungsverweigerung. In der guten alten Zeit wurde diese Arbeit von den Eltern übernommen. Diese Zeiten inklusiv der Erziehungsstil haben sich aber entschieden verändert. Die elektronischen medialen Möglichkeiten mit ihren Gefahren sind im Alltag nicht wegzudenken und benötigen nun auch ein anderes Handling. Fast wie „die Geister die ich rief, werd ich nun nicht mehr los“.

Kurzfristig betrachtet sind die zu erwartenden jährlichen Kosten eine grosse Ausgabe. Langfristig betrachtet lohnt es sich, denn die Kosten für Heimeinweisungen könnten gesenkt werden, was wiederum die kantonale Restkostenverteilung senken würde. Zugege-

ben, zum Wohl des ganzen Kantons. Da viele Gemeinden im Kanton SSA schon eingeführt haben, müsste sich wohl eine Nivellierung nach unten bald abzeichnen.

Die Schulpflege hat bereits früher Zahlen für den Finanzplan eingereicht, nur sind diese vom Gemeinderat nicht aufgenommen worden.

Das Postulat ist also erfüllt und kann abgeschrieben werden, aber dies heisst nicht, dass SSA nicht gebraucht wird. Die SP hat eine Motion eingereicht mit dem Auftrag, SSA flächendeckend in der Schule Wohlen einzuführen. Die GPK unterstützt die Motion mehrheitlich. Der vorliegende gute Bericht verspricht, dass die notwendigen Arbeiten zur Hauptsache bereits erledigt sind und nicht mehr viel Zeit und Ressourcen beansprucht.

Die GPK stimmt dem gemeinderätlichen Antrag einstimmig zu.

Külling Harold, Vizeammann: Ich danke der Sprecherin der GPK für ihre Ausführungen. Sie hat das Wesentliche festgehalten, nämlich dass der Auftrag erfüllt wurde, wir den Bericht abgeliefert haben und das Postulat abgeschrieben werden kann. Zu den Schlussfolgerungen spreche ich dann, wenn die Motion begründet wird und teile dann die Meinung des Gemeinderates mit.

Perroud Arsène, SP: Wir danken dem Gemeinderat, aber insbesondere der Schulpflege und den Schulleitungen, für den sehr professionellen und aussagekräftigen Bericht. Die von der SP Wohlen geforderte Bedarfsabklärung betreffend Schulsozialarbeit spricht eine eindeutige Sprache. Es ist dringend nötig, dass die Gemeinde Wohlen Schulsozialarbeit einführt. Der sehr gute Bericht der Schulpflege zeigt auf, dass alle befragten Personen und Institutionen Schulsozialarbeit dringend befürworten. Dass der Gemeinderat der Schulsozialarbeit trotz des erdrückenden Bedarfs ablehnend gegenübersteht, enttäuscht und erstaunt die SP Wohlen. Es ist sogar genau das Gegenteil der Fall: Schulsozialarbeit spart längerfristig Kosten ein.

Die SP Wohlen nimmt den Bericht der Schulpflege positiv zur Kenntnis und wird der Abschreibung des Postulats zustimmen. Wir bitten die anderen Fraktionen das Postulat ebenfalls abzuschreiben.

Duschén Andrea, FDP: Es liegt eine ausführliche Bedürfnisabklärung zur Schulsozialarbeit für die Gemeinde Wohlen vor. Das Postulat ist von uns aus gesehen erfüllt und wir werden einstimmig dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Bächer Andy, CVP: Als erstes möchten wir dem Gemeinderat und der Schulpflege für den vorliegenden Bericht danken. Die Bedürfnisabklärung und die aufgelisteten Fälle zeigen klar, dass ein grosser Handlungsbedarf besteht. Es bleibt höchstens die Frage, weshalb mit dem Bericht und Antrag so lange zugewartet wurde. Dieser war anscheinend fast ein Jahr schubladisiert.

Meier Maja, Freis Wohle: Ich habe ein wenig Mühe mit den Aussagen „diese Ausgaben passen nicht in unsere finanzpolitische Landschaft.“ Oder „Schulsozialarbeit ist nicht Bestandteil der verpflichtenden Vorgaben des Kantons“. Die Frage stellt sich doch, ob es notwendig ist oder nicht. Für viele andere, für mich weniger wichtigere, Sachen haben wir Geld. Wir müssen Prioritäten setzen und unterscheiden zwischen „nice to have“ und wirklich Wichtigem und Nachhaltigem. In diesem Sinne unterstütze ich die Abschreibung des Postulates und werde der Motion zustimmen.

Spörri Marlies, SVP: Dem Postulat werden wir zustimmen und zum Rest nehme ich später Stellung.

Abstimmung

Dem gemeinderätlichen Antrag

Der Einwohnerrat möge den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen und das Postulat 11055 als erledigt erklären.

wird einstimmig zugestimmt.

207 0.011.1 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Motion 11153 betr. Einführung Schulsozialarbeit

Perroud Arsène, SP: Vor knapp einem Jahr hat die Schulpflege die Bedarfserhebung abgeschlossen. Warum es so lange gedauert hat, bis der Bericht im Einwohnerrat behandelt werden konnte, bleibt uns schleierhaft. Der Bedarf hat sich sicher nicht verändert. Umso erfreulicher ist es, dass wir die Motion bereits heute behandeln können.

Wie wir der Bedarfserhebung für die Schulsozialarbeit entnehmen können, ist die Einführung der Schulsozialarbeit in Wohlen dringend nötig. Der zusätzliche Bericht der Schulleitungen von potentiellen Fällen hat die Aussagen im Bericht auf erschreckende Art und Weise unterstützt. Wie in den vorhergehenden Ausführungen der GPK zu entnehmen war, begrüssen sämtliche Betroffenen die Einführung der Schulsozialarbeit eindeutig. Sie stufen die Einführung als dringend ein. Schulsozialarbeit unterstützt Kinder, Jugendliche, Lehrer, Eltern und schlussendlich das gesamte Wohler Schulsystem. Dies hat positive Auswirkungen auf die Lernerfolge der Kinder und Jugendlichen.

Die Motion fordert vom Gemeinderat einen Bericht und Antrag für die Einführung der Schulsozialarbeit auf allen Stufen der Volksschule. Basis dazu ist der vorhin behandelte Bericht der Schulpflege. Aufgrund der Datenlage sollte einer raschen Umsetzung resp. einem Antrag dafür nichts im Wege stehen.

Wie in der Begründung der Motion ausgeführt, verfügen praktisch alle vergleichbaren Aargauer Gemeinden über Schulsozialarbeit. Es gibt nur positive Rückmeldungen dazu. Diverse Gemeinden auch in der Region bauen die Schulsozialarbeit gar aus oder haben diese kürzlich aufgestockt (z. Bsp. Villmergen, Sins, Muri).

Schulsozialarbeit spart letztendlich Kosten. Es ist eine Investition, die längerfristig Kosten vermindert. Zur Erinnerung: ein Heimplatz eines Jugendlichen kostet im Jahr zwischen 120'000 und 150'000 Franken.

Wir bitten Euch um Unterstützung der Motion.

Külling Harold, Vizeammann: Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Es sind verschiedene Überlegungen, die den Gemeinderat dazu geführt haben. Die Auflistung der Schulpflege ist bestimmt beeindruckend und zeigt, wie bereits richtig gesagt wurde, ein Bild unserer Schule und unserer Gesellschaft. Man darf aber nicht vergessen: Wenn diese Fälle genau betrachtet werden. Es wäre eine Illusion zu glauben, die Einführung eines Schulsozialdienstes würden die aufgelisteten Stunden für die Lehrperson und Schulleitung, welche ebenfalls im Fall involviert sind, nicht einfach auf null runterbringen. Auch diese würden sich nach wie vor mit diesen Fällen beschäftigen, eine gewisse Vernetzung ist immer nötig. Im Weiteren müssen wir bedenken, dass noch vor ein paar Jahren

solche „Disziplinarfälle“ von den Lehrern einerseits und andererseits von der Schulpflege abgehandelt wurden. Nun hat man die Ebene der Schulleitung dazwischengestellt, die auch eine gewisse Hilfe bei diesen Disziplinarfällen darstellt. Auch wenn hier geschrieben wird, dass sei keine Aufgabe der Schulleitung. Aber es ist bestimmt eine Mitaufgabe und es ist nicht so, dass heute Lehrer, im Gegensatz zu früher, nicht völlig alleine gelassen werden. Man muss auch an gestern denken. Klar, man hätte argumentieren können, die Schulsozialdienste können wir nicht einführen, man weiss noch gar nicht, was mit dem Bildungskleeblatt auf uns zukommt. Dieses wurde gestern nun abgelehnt. Interessanterweise auch in Wohlen, vor allem auch der Sozialindex. Man muss sich fragen, ob heute, der Montag danach, der richtige Tag sei, um über die Überweisung einer solchen Motion nach zu denken. Ist es nicht sinnvoller, einen Marschhalt einzuschlagen, die Zeit etwas vergehen zu lassen und zu schauen, was die Schule auf der Kantonsebene machen muss? Handlungsbedarf besteht ganz bestimmt, etwas muss passieren. Die Harmonisierung der Schule wird stattfinden müssen. Das hat das Volk so verlangt. Ich denke, unter diese Umständen sollte man bei der Abwägung von allem, nicht zuletzt auch wegen der Finanzen, berücksichtigen. Wir sprechen hier von ungefähr CHF 370'000. Das sind laufende Ausgaben, die plötzlich dazukämen. Wie weit man diese über Schulgelder an andere Gemeinden, die an unserer Schule beteiligt sind, abwälzen kann, weiss ich nicht. Das gilt es zu berücksichtigen. Bis jetzt war das nicht im Finanzplan enthalten. Wenn diese Motion überwiesen wird, wird ein erheblicher Betrag eingesetzt. Man kann nicht einfach argumentieren und sagen, es wäre falsch zu warten bis der Kanton uns dazu verpflichtet. Ich denke, wir haben in verschiedenen anderen Sachen auch schon für die Schule etwas gemacht, ohne dass der Kanton uns verpflichtet hat (z. Bsp. Schaffung der Tagesstrukturen). Ich glaube, der Schule gegenüber war man zu Recht immer grosszügig. Es ist wichtig, was die Schule macht. Aber ich bitte Sie, bei Ihrer Entscheid daran zu denken, was das für finanzielle Auswirkungen haben wird. Aufgrund aller Überlegungen bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Ja, Harold Külling, der Lehreralltag sieht etwas anders aus. Ich kann Euch ein Beispiel erzählen. Vor drei Monaten hatte ich einen sehr heiklen Fall. Mit dem Schulleiter zusammen haben wir versucht, diesen zu bereinigen. Es wurden auch Eltern beigezogen und viel Arbeit geleistet. Wahrscheinlich nahm der Fall noch ein einigermaßen glimpfliches Ende. Aber ich wünschte mir als Lehrer etwas Sicherheit und eine kompetente Beratung für einen solchen Fall. Ich bin nur einer von ca. 250 hier in Wohlen, der manchmal froh wäre, er könnte nachfragen. Die Zeiten haben sich verändert. Früher hatten wir noch eine relativ gute Übersicht. Aber heute passieren Sachen an der Schule, wo wir Lehrer schlichtweg überfordert sind zu reagieren. Hier bräuchten wir professionelle Hilfe. Dass dies Geld kostet, das ist sonnenklar. Wir haben in der Fraktion lange diskutiert. Ich wurde ernst genommen mit meinem Anliegen, es ist noch eine Frage des Betrages. Darüber muss noch diskutiert werden. Schulsozialarbeit ist heute ein MUSS. Wir Lehrer benötigen dies. Ich spreche im Namen von vielen Kollegen der Schule.

Bächer Andy, CVP: Wir haben vorhin von Bericht 11142 gesprochen. Unter Punkt 4 ist nachzulesen, welchen wir nicht unterstützen können. Die vorliegenden Papiere zeigen klar auf, dass die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit gegeben ist. Unsere Fraktion ist überzeugt, dass mit der Einführung von SSA die Lehrpersonen und Schulleitung entlastet werden. Viele Lehrer versprechen sich eine gewinnbringende Unterstützung, wenn sie eine Fachperson haben, bei der Ratschläge eingeholt werden können. Alle, die in der Schule involviert sind, werden davon profitieren. Wir sehen die SSA als ein niederschwelliges Angebot, das von Jugendlichen und deren Eltern genutzt werden kann. Wir versprechen uns davon, dass die Probleme frühzeitig erkannt werden und nicht lange Wartezeiten entstehen. Wenn man KJPD, SPD oder andere Institutionen anfragen will, dauert ein Eingreifen relativ lange, weil eine lange Anmeldefrist besteht. Im Weiteren haben wir das Gefühl, dass im Zuge der Einführung von IS und einem relativ hohen Ausländeranteil, der Wohlen aufweist, Probleme in der Schule nicht abnehmen werden und auch dort Konfliktpotential

vorhanden ist. Wir sind überzeugt, dass sich die Einführung von SSA positiv auf den Schulalltag auswirken wird. Aus diesen Gründen werden wir der Überweisung der Motion einstimmig zustimmen.

Duschén Andrea, FDP: Schulsozialarbeit war bereits im 2004 ein Thema in der Schulpflege. 2006 wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt und bis heute ist in dieser Hinsicht nichts geschehen. Der Bericht des Gemeinderates weist auf eine Menge Anlaufstellen hin. Man muss sich aber bewusst sein, dass alle Stellen stark überlastet sind und nicht spontan reagieren können. Schulsozialarbeit hat sich bereits in vielen Gemeinden bewährt und in Wohlen wird dies nicht anders sein. Man muss sich im Klaren sein, dass die Schule keine Erziehungsanstalt ist und unsere Lehrkräfte dürfen nicht verheizt werden mit Problemen, die das soziale Umfeld betreffen. Sonst laufen uns die Lehrer irgendeinmal davon. Auch der Sozialindex des Kleeblattes wird nicht eingeführt. Von da her ist keine Entlastung zu erwarten. Für einen Teil unserer Fraktion ist es „ein Muss“, dass Schüler, Eltern, aber auch Lehrer eine sofortige Anlaufstelle bei Problemen haben. Der andere Teil von der Fraktion wiegt das Ganze mit den anfallenden Kosten ab und sagt im Moment nein zur Motion. Persönliche Bemerkung meinerseits: Man kann sich auch irgendeinmal zu Tode sparen.

Die Fraktion FDP und Dorfteil Anglikon wird grossmehrheitlich die Motion überweisen.

Spörri Marlies, SVP: Die SVP Wohlen-Anglikon ist im jetzigen Zeitpunkt mehrheitlich gegen die Einführung einer SSA. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat auch diese Meinung vertritt, nichts zu überstürzen und die kommende Gesetzgebung abwarten möchte.

Es ist uns bewusst, dass heute die Lehrer Erziehungsarbeit leisten müssen, anders als früher, als dies die Eltern noch wahrgenommen haben.

Unsere Befürchtungen sind zum Beispiel, ob sich scheue und zurückhaltende Kinder überhaupt bei einem SSA melden würden, denn diese Person ist ja noch fremder als der Lehrer. Sollte es so sein, wären es auch hier wieder die Schwächsten, die auf der Strecke bleiben würden.

Beim VJF und im Religionsunterricht ist man heute schon auf diese Thematik sensibilisiert und könnte auf solche Jugendliche zugehen. Vielleicht könnte man auch einmal pro Woche dieses Thema fest in den Schulunterricht aufnehmen, damit eher gewährleistet wäre, auch die scheuen Kinder zu erreichen.

Leider lässt sich der Nutzen der SSA schwer messen und wir befürchten, dass das Pensum schon im nächsten Jahr bereits aufgestockt würde. Ein solches Angebot reduziert leider die Bereitschaft zum eigenverantwortlichen Handeln. Wie die Krankenkassenprämien stetig steigen, kostet die Bildungsindustrie immer mehr, weil viele die eigenen Pflichten auf die Allgemeinheit übertragen.

Perroud Arsène, SP: Ich muss noch kurz Harold Külling widersprechen. Die Motion „Einführung SSA“ hat nicht im geringsten etwas mit den abgelehnten Kleeblättern zu tun. Jetzt einen Marschhalt einzulegen, wäre das absolut unvernünftigste, was wir machen könnten. Ich bin der Meinung, dass wir diesen Marschhalt schon viel zu oft eingelegt haben. Die Motion zur Überprüfung des Bedarfes wurde am 4. Juni 2007 eingereicht. Am 15. Oktober 2007 wurde sie überwiesen. Diese Bedarfserhebung schlummert seit bald einem Jahr vor sich hin. Es ist heute wie bereits vor einem Jahr dringend notwendig und ich glaube, es wäre auch an einem Dienstag und auch vier Wochen später nicht besser gewesen. Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt. Dann möchte ich Marlies Spörri noch mitteilen, dass es genau für die schwachen und scheuen Jugendlichen ist. Genau diese gehen zu einer Anlaufstelle wie sie eine Schulsozialarbeit darstellt. Man hat sie im Unterricht, in der unmittelbaren

Umgebung, man weiss, was läuft und kann sehr schnell vermitteln. Das sind bestimmt nicht diejenigen, die untergehen.

Keller Anna, Grüne: Mir ist es vor allem wichtig, dass es neben den vielen bereits vorhandenen Anlaufstellen für Erwachsene, auch eine Institution für Kinder und Jugendliche gibt. Die Stelle ist noch nicht vorhanden, wo sie selber hingehen können, wenn sie Hilfe benötigen. Es gibt Kinder, die von ihren Eltern im Stich gelassen, ausgenutzt und geschlagen werden. Übrigens, Erziehungsarbeit für Lehrerinnen und Lehrer ist überhaupt nichts neues. Ich begann 1972 zu unterrichten und bereits da war dies Teil des Lehrplanes. Es war schon immer ein Bestandteil der Schule, da man viele Stunden miteinander verbringt. Aber es ist wichtig, zusammen mit anderen Erwachsenen, die Kinder zu erziehen und nicht völlig alleine dazustehen, wenn es wirklich schwierig ist und sie im Stich gelassen werden.

Kohli Benno, FDP: Ich möchte dem Gemeinderat danken, dass er den Mut hatte, die Motion abzulehnen und auch in im Bericht und Antrag mitgeteilt hat, dass er die Schulsozialarbeit nicht einführen möchte. Es kommt mir vor wie immer. Seit 2000 Jahren ist die Jugend direkt vor dem Absturz und sie ist schlecht. Früher war es immer besser. Seien Sie ehrlich. Früher haben Ihre Mitschüler Unsinn gemacht, Einbrüche getätigt und wurden abgeschlagen. Alles das gab es bereits und es gibt es heute noch. Auch in 20 Jahren wird es das noch geben, auch mit SSA. Es entspricht nicht der Tatsache, dass die Jugend schlechter geworden ist. Da bin ich absolut anderer Meinung. Sie war früher einfach anders und äussert sich heute differenzierter. Wir haben heute immer mehr Gefässe und immer noch einen Spezialisten mehr, der benötigt wird. Neben der Aufgabenhilfe haben wir ein Betreuungsangebot, Logo, Lega, diverse Sachen und jedes hat seine Berechtigung. Gehen wir weiter. Neben KJPD, SPD, VJF, Suchtberatungsstelle, Mütter- und Väterberatung, Soziale Dienste. Jetzt müssen wir noch einen Schulsozialdienst und für die Schule eine Parallelwelt einrichten. In der Schule, als ob das ein eigener Kosmos für sich wäre, kommt als nächstes wahrscheinlich der Schulpolizist, usw. Wir haben die Schule, die Schüler und die Lehrer sind Teil unserer Gesellschaft. Wenn es Probleme gibt, müssen die innerhalb unserer Gesellschaft behandelt werden. Wir haben eine Regionalpolizei, Soziale Dienste, usw. Es gibt die normalen Anlaufstellen für alle. Selbstverständlich begreife ich, dass die Lehrer Unterstützung suchen. Sie suchen dies als erstes bei ihrem Schulleiter. Das sind heute professionalisierte Stellen. Früher war der Rektor gleichzeitig Lehrperson. Heute hat man einen Schulleiter. Die erste Triage eines solchen Problems absolviert bestimmt der Lehrer, die zweite der Schulleiter, usw. Ich sehe es nicht, dass jetzt noch ein Schulsozialarbeiter dazwischen gesetzt wird. Ich bin überzeugt, dass dieser keine Erziehungsarbeit leisten kann, das ist eine Phantomdiskussion. Aus zeitlichen Gründen ist das gar nicht möglich. Ob dann die Ansprecherung so niederschwellig ist, bezweifle ich. Es gibt bestimmt viel mehr niederschwelligere Angebote, z. B. Vereine. Ich bin gegen diese Schulsozialarbeit aus strukturellen Gründen und aus der Überzeugung, dass wir genügend Anlaufstellen verzeichnen können.

Bertschi Bruno, SVP: Benno Kohli hat mir zu 100 % aus dem Herz gesprochen. Die heutige Jugend ist wirklich nicht schlechter als sie zu unserer Zeit war. Wir haben uns gleich „selber auf den Ranzen gegeben“. Vom Lehrer gab es gleich auch noch eins, das hat auch nicht geschadet! Ich weiss, das ist heute verboten, das ist das schlimmste, das passieren könnte. Ich glaube, ein Lösungsansatz wäre derjenige, dass man die Eltern involviert. Wenn die Kinder in der Schule Probleme bereiten, muss man dies bei den Eltern einkassieren und zwar in bar. Es geht nur übers Geld. Möglicherweise bewilligen wir hier wieder einen sechsstelligen Betrag, was ich nicht hoffe und meiner Meinung nach etwas unbürokratischer zu lösen wäre. In dem Sinne: Wenn Sie nicht mehr bereit sind, Ihre Kinder zu erziehen, werden Sie zur Kasse gebeten.

Benz Guido, CVP: Jetzt kann man überlegen, welchen Hut ich tragen soll. Ich kann Ihnen versichern, ich habe den Fiko-Hut und den Fiko-Präsidenten-Hut bei jedem dieser Kredite

angezogen. Es glauben mir vielleicht nicht alle. Aber ich habe die Gesamtsumme betrachtet, was es heisst für einmalige und wiederkehrende Ausgaben. Ich habe das Problem durchaus erkannt. Aber ich gratuliere dem Gemeinderat nicht. Auch wenn man mit den Finanzen schauen muss, heisst das nicht, dass man still sein muss und starr auf die Schlange achten. Wir haben Aufgaben, die wir nach wie vor lösen müssen. Es wurde darüber geredet, dass Prioritäten gesetzt werden müssen. Das stimmt ebenfalls, im Planungsbereich wissen wir dies. Die Schule ist eine der grössten Prioritäten, die wir haben. Ich bin als Schulpfleger hingegangen und habe gesagt, dass diese Funktion der Schulsozialarbeit erfüllt sein muss. Das war für mich klar. Noch nicht klar war, ob das eine neue Stelle sein muss oder ob das andere bereits vorhandene Stellen übernehmen können. Im Laufe der Erarbeitung des Berichtes, ich war auch in dieser Arbeitsgruppe, kam meine Überzeugung, die beste und effizienteste Lösung ist tatsächlich eine spezialisierte Schulsozialarbeit. Marschhalt bringt überhaupt nichts. Besser gesagt, weil es so lange dauerte – ich habe gehört 2004, also brauchten wir fünf Jahre gebraucht, um dies aufzugleisen. Jetzt brauchen wir nochmals mehr Zeit um den Antrag zu erstellen. Wir hatten bereits genug Marschhalte. Jetzt ist Handeln angesagt. Finanzplan: Ich kann jetzt nicht nachschauen und habe dies auch nicht getan – aber ich weiss, dass die Schulpflege dies ganz klar in den Finanzplan aufnehmen wollte. Ich kann auch nichts dafür, wenn der Gemeinderat das nicht involviert. Ich würde mir höchstens „an den Kopf greifen“, wenn ich diesbezüglich nie etwas gesagt hätte. Eltern einbinden: Tatsächlich ist das etwas vom Wichtigsten. Aber, Bruno Bertschi: Damit dies umgesetzt werden kann, benötigen wir eine enorme Anstrengung der Lehrer und der Schulleiter. Die machen dies heute bereits in einem sehr weiten Ausmass. Aber es benötigt auch die Unterstützung einer Fachperson, von jemandem, der sich einem Problem widmen kann. Es sind nicht 300 Schüler, die Probleme bereiten. Aber nur schon diese 17 Fälle. Dann gibt's noch viele andere. Es benötigt einen grossen Aufwand. Jetzt kommt aber noch etwas anderes: Ich bin der Meinung, dass die Schulkinder, auch diejenigen, die Probleme bereiten immer noch Kinder sind. Sie haben das Recht auf Hilfe bei der Bewältigung ihrer Probleme. Ich argumentiere nicht in erster Linie mit Geld, sondern die Kinder haben das Recht. Ich glaube auch der Lehrer, welcher eine schöne aber schwierige Aufgabe hat, hat das Recht, bei grossen, vorhandenen Problemen unterstützt zu werden. Dasselbe beim Schulleiter. Wie Sie dem Zusatzbericht durchaus entnehmen können, die Schulleiter füttern sich nicht um die Aufgabe, sondern sie haben eingegriffen. Aber es reicht einfach nicht aus für eine solch grosse Schule wie Wohlen mit der vorhandenen Struktur. Wir wollen mit der Schulsozialarbeit eine spätere schlechte Ausbildung, eine spätere Arbeitslosigkeit, weil man keine Lehre absolvierte, einen späteren Eintritt in die Sozialhilfe oder gar noch schlimmeres wollen wir versuchen zu reduzieren. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt und das beginnt schon früh. Sie haben aus den Fällen entnehmen können, dass dies zum Teil bereits im Kindergarten beginnt. Ich bin der Meinung, dass dies eine der grössten Aufgaben unserer Gesellschaft ist. Ich möchte nun noch an die sogenannten Amokläufe erinnern. Diejenigen, die aufmerksam die Zeitung gelesen haben, konnten entnehmen, dass das Stichwort „Auffälligkeiten bemerken“ von den Fachexperten immer genannt wurde. Eine solche Schulsozialarbeit hilft, die Aufmerksamkeit auf die Kinder zu richten, dass solche Sachen erkannt werden. Wir hatten einen Fall in Wohlen, wo ein sehr schlechter Spass gemacht wurde. Es nützt nichts, falls dies irgendwann mal passiert und dann gesagt wird „man sollte“ oder „man hätte sollen“. Ich möchte alle Einwohnerräte eindringlich bitten, obwohl ich Fiko-Präsident bin und für die Finanzen schauen muss, diese Motion zu akzeptieren, damit wir in der Schulpflege an die Arbeit gehen können.

Meier Maja, Freis Wohle: Die Kinder sind nicht schlechter geworden, aber die Eltern zunehmend überfordert. Sie misshandeln ihre Kinder körperlich und sehr häufig auch emotional. Es handelt sich um eine komplexe Angelegenheit und ist manchmal sehr schwierig zu beurteilen. Ich war heute an einem Vortrag über Kindesmisshandlungen, wo IG-Tagesmütter teilnehmen konnten. Eine Ärztin der Kinderschutzgruppe des Kantonsspitals Baden hielt den Vortrag und hat uns Fälle aufgezeigt, auch mit Fotos von Kindern, die

misshandelt, mit Gürtel geschlagen oder mit Schuhen getreten werden. Es ist mir kalt den Rücken herunter gelaufen und ich finde, wenn man nur EIN solches Kind „retten“ kann, ist das Geld gut investiert. Ich denke, die Lehrer brauchen eine Hilfe, die nahe ist, die die Situation im Auge behalten und verfolgen kann. Das kann man nicht oft, das wurde uns am heutigen Vortrag auch gesagt, auf den ersten Blick oder bei der ersten Auffälligkeit beurteilen, ob eingegriffen werden muss. Die Schulsozialarbeit ist bestimmt die richtige Stelle.

Keller Thomas, FDP: Ich möchte nicht nochmals die Liste aufzählen, die Benno Kohli bereits begonnen hat bezüglich all den Institutionen, die wir in Wohlen und Umgebung haben. Ein Problem, das mir im Bericht für den Schulsozialdienst auffiel, ist, dass der KJPD und die SPD sehr langsam reagieren. Diese zwei Institutionen werden offensichtlich vom Kanton finanziert, sie haben zuwenig Stellen. Das, was wir hier vorhaben zu realisieren, ist, dass die Gemeinde Wohlen nochmals eine Institution realisieren will, weil der Kanton eigentlich seine Pflicht nicht wahrnimmt und die entsprechenden Stellen ausbaut. Ich bin der Meinung, wenn man etwas in diese Richtung machen möchte und es für die Kinder mehr Hilfe benötigt, was ich selber nicht beurteilen kann, müsste dort angesetzt werden und nicht dass die Gemeinde nochmals eine Parallelinstitution aufstellt. Sie kann zwar möglicherweise hilfreich sein, aber am Schluss dazu führen, dass all diese Institutionen nur mit sich selber sprechen und beschäftigt sind.

Riedi Adrian, Grüne: Ich bin für die Überweisung der Motion. Die meisten Gründe wurden bereits genannt. Ein Grund für mich, der noch nicht erwähnt wurde, ist, so leid es ist: Die heutige Gesellschaftsform macht Schulsozialarbeit nötig. Ob wir dies nun wahrhaben wollen oder nicht.

Abstimmung

Die Motion 11153 wird mit 24 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen.

Gfeller Konrad, Präsident: schliesst die Sitzung. Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am 15. Juni 2009 statt. Geschäftsbericht und Rechnung stehen auf der Traktandenliste.

Für das Protokoll


Konrad Gfeller, Präsident


Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.